



FRANZÖSISCHE EU - RATSPRÄSIDENTSCHAFT

ARBEITSPROGRAMM

1. Juli – 31. Dezember 2008

***EIN EUROPA, DAS HANDELT, UM DEN AKTUELLEN
HERAUSFORDRUNGEN GERECHT ZU WERDEN***

ÜBERSICHT

Einleitung	4
1. DIE AUSGESTALTUNG EUROPAS ALS MODELL FÜR NACHHALTIGE SOZIALE, ÖKOLOGISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	5
1.1. Europa und die Herausforderung der nachhaltigen Ressourcen.....	5
➤ Europa als Pionier im Kampf gegen den Klimawandel positionieren.....	5
➤ Die Energiesicherheit stärken.....	6
➤ Die Folgen der Energieverteuerung dämpfen.....	7
➤ Eine Verkehrspolitik umsetzen, die der nachhaltigen Entwicklung dient.....	7
Verkehrssicherheit.....	7
➤ Der Umweltschutz	8
➤ Die zukunftsfeste Ausgestaltung der Agrar- und Fischereipolitik der EU.....	8
➤ Die Entwicklung einer kohärenteren Meerespolitik	9
1.2. Das Europa der Solidarität	9
➤ Entwicklung politischer Maßnahmen zugunsten des sozialen Zusammenhalts	9
➤ Eine erneuerte Ambition zugunsten der Kohäsionspolitik.....	12
1.3. Ein innovatives und wettbewerbfähiges Europa.....	12
➤ Das Europa des Wissens und der Mobilität	12
➤ Ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit.....	15
➤ Ein Europa als Garant der Interessen seiner Unternehmen und Verbraucher 15	
1.4. Ein wirtschaftliches und finanzielles Europa im Dienste des Wachstums und der Beschäftigung.....	17
➤ Stärkung der finanziellen Stabilität	17
➤ Verbesserung des europäischen Aufsichtssystems	17
➤ Förderung der finanziellen Integration in Europa	17
➤ Gewährleistung der Effizienz der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.....	18
2. EUROPA EMPFÄNGLICHER MACHEN FÜR DIE RECHTE, DIE SICHERHEIT UND DIE INTERESSEN DER BÜRGER	19
2.1. Ein Raum für Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit.....	19
➤ Auf dem Weg zu einem erneuerten politischen Engagement hinsichtlich Asyl und Immigration	19
➤ Ein sichereres Europa für seine Bürger	21
➤ Ein effizienteres Europa der Gerechtigkeit.....	22
➤ Ein Europa, das seine Grundrechte und seine Bürger schützt.....	24
2.2. Das Europa der Kultur, der Jugend und des Sports	24

➤ Das Engagement zugunsten der Kultur	24
➤ Das Engagement zugunsten der Jugend	25
➤ Das Engagement zugunsten des Sports	25
3. Sicherung der Stellung Europas im internationalen Rahmen	26
3.1. Neue Impulse für das Europa der Sicherheit und der Verteidigung	26
➤ Eine Strategie der Sicherheit für das nächste Jahrzehnt.....	26
➤ Verstärkung der militärischen Fähigkeiten und der Krisenmanagementfähigkeiten, Entwicklung der Instrumente der Union.....	26
➤ Entwicklung von Partnerschaften im Dienste der Sicherheit.....	27
➤ Die Europäische Union als Vorreiter in der Bekämpfung der Verbreitung und des Terrorismus.	27
➤ Nichtverbreitung und Abrüstung.....	28
➤ Multilaterale Zusammenarbeit	28
3.2. EU-Erweiterung und Nachbarschaftspolitik: Schaffung eines Wohlstands- und Stabilitätsraums	28
➤ Kroatien und Türkei	28
➤ Westliche Balkanstaaten	28
➤ Mittelmeerraum	29
➤ Osterweiterung.....	29
3.3. Ausarbeitung einer Agenda für solidarische Entwicklung	29
➤ Entwicklungspolitik	29
➤ Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft	30
3.4. Förderung der Menschenrechte und des Rechtsstaates	30
3.5. Förderung der Handelsspielregeln auf der Basis von Öffnung und Gegenseitigkeit	30
➤ Sicherstellung des Zugangs europäischer Unternehmen zu den Märkten von Drittländern.....	30
➤ Förderung eines lautereren internationalen Wettbewerbs	31
➤ Fortsetzung der Bemühungen um bilaterale Verhandlungen und Überlegungen zur Stärkung der Handelsbeziehungen mit Industrieländern	31
3.6. Aufbau neuer Partnerschaften mit den verschiedenen internationalen Akteuren	31
➤ Afrika.....	31
➤ Asien.....	31
➤ Transatlantische Beziehungen	32
➤ Lateinamerika.....	32
➤ Golfstaaten	32
➤ EFTA.....	32

EINLEITUNG

Die Europäische Union muss auf die vielfältigen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist, Antworten finden. Diese aktuellen Herausforderungen auf den Gebieten Klima, Ökologie, Migration, Ernährung, Gesundheit, Wirtschaft bzw. Finanzen sind mit der Globalisierung verbunden. Sie stehen im Zentrum der Besorgnisse der Bürger Europas, die eine kollektive Antwort erwarten.

Die Europäische Gemeinschaft verfügt über den notwendigen Ehrgeiz und die Mittel, um dieser Erwartung zu entsprechen. Sie stützt sich auf starke Werte, die das europäische Projekt von Anfang an bestimmten und ihm seine weltweite Identität verliehen, wobei es diese Werte zu verteidigen und innerhalb und außerhalb der EU zu stärken gilt.

Die französische Präsidentschaft hat ihr Programm mit dem Anspruch definiert, auf die wichtigsten Sorgen der Bürger eine Antwort zu finden und sich dabei die vier folgenden Hauptaufgaben gestellt: Energie und Klima, Fragen der Migration, Landwirtschaft, Sicherheit und Verteidigung. Neben diesen vier Leitlinien möchte sie natürlich in allen wichtigen Bereichen, in denen die EU aktiv ist, wie Wirtschaft, Finanzen, Soziales und Kultur, als auch auf internationaler Ebene zu Fortschritten beitragen.

Nachfolgend wird der Kurs der französischen Präsidentschaft in diesem Programm im Detail erläutert.

Dieser Kurs steht im Zeichen der Kontinuität der von der slowenischen Präsidentschaft geleisteten Arbeit sowie in dem breiteren Rahmen des Programms, das von den zukünftigen Präsidentschaften Tschechiens und Schwedens angenommen wurde. Darüber hinaus wurde das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2008 berücksichtigt, und er wurde in engen Konsultationen mit dem Europäischen Parlament abgestimmt.

Die französische Präsidentschaft wird, was den Vertrag von Lissabon betrifft, die Beschlüsse des Europäischen Rats vom 19. und 20. Juni 2008 umsetzen, wobei der Europäische Rat auf diese Frage bei seiner Zusammenkunft am 15. Oktober 2008 zurückkommen wird, um den Weg zu prüfen, der weiter zu beschreiten sein wird. Für die Zwischenzeit ist es wichtig, sich weiter für konkrete Ergebnisse auf den verschiedenen Gebieten einzusetzen, die für die Bürger von Interesse sind.

1. DIE AUSGESTALTUNG EUROPAS ALS MODELL FÜR NACHHALTIGE SOZIALE, ÖKOLOGISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die überarbeitete Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist für die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Antwort schlechthin auf die Herausforderungen der Globalisierung. Die Präsidentschaft möchte in diesem Rahmen ein europäisches Modell für nachhaltige soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung fördern und stärken.

Indem sie sich dafür einsetzt, handelt die Präsidentschaft in Übereinstimmung mit dem vom Europäischen Rat definierten Kurs, der vor allem:

- die Ziele für den Programmzyklus 2008-2010 festgelegt hat. Bestätigt wurde vor allem die Gültigkeit der Integrierten Leitlinien: Die Mitgliedsstaaten werden auf dieser Grundlage im Oktober 2008 ihre neuen nationalen Reformprogramme vorlegen, die von den zuständigen Instanzen des Rats einer entsprechenden Prüfung unterzogen werden;
- dazu aufgefordert hat, die zehn im Lissabon - Programm der Gemeinschaft festgelegten Ziele umzusetzen. Die Präsidentschaft wird sich dafür im Rahmen ihrer Zuständigkeit einsetzen;
- die EU aufgefordert hat, bei Stärkung der Außenwahrnehmung der überarbeiteten Lissabon-Strategie weiter an der Ausgestaltung der Globalisierung mitzuwirken;
- die Bedeutung der sozialen Dimension der EU bekräftigt, die fester Bestandteil der Lissabon-Strategie ist. In diesem Rahmen wird die Präsidentschaft vor allem die neue Sozialagenda prüfen;
- dazu aufgefordert hat, Überlegungen über die Zukunft der Lissabon-Strategie über 2010 hinaus anzustellen. Die Präsidentschaft wird zu ersten Diskussionen anregen, vor allem im Rahmen der Gruppe der nationalen Lissabon-Koordinatoren. Dabei handelt sie in enger Verbindung mit der Kommission und ihren Partnern des Präsidentschafts-Trios.

1.1. Europa und die Herausforderung der nachhaltigen Ressourcen

➤ *Europa als Pionier im Kampf gegen den Klimawandel positionieren*

In Übereinstimmung mit der Aufgabenstellung des Europäischen Rats von März 2008 wird sich die Präsidentschaft für ein Abkommen vor Ende des Jahres einsetzen, das auf den Vorschlägen des Klima-Energie-Pakets beruht, die für eine anspruchsvolle europäische Politik gegen den Klimawandel und für die Umwandlung der europäischen Wirtschaft in eine Wirtschaft, die so wenig Kohlendioxid wie möglich produziert, eine solide Basis bilden.

Die vier Vorschläge dieses Pakets (Überarbeitung der Emissionshandelsrichtlinie, Beschluss über die Aufteilung der Anstrengungen unter den Mitgliedsstaaten, Rahmenrichtlinie über erneuerbare Energien, Richtlinie über die geologische Speicherung von CO₂) sollen die Konkretisierung und tatsächliche Umsetzung der anspruchsvollen Verpflichtungen, die im Rahmen der integrierten Klima- und Energiepolitik eingegangen wurden, erlauben. Sie stehen insbesondere mit den drei Hauptzielen im Zusammenhang, die vom Europäischen Rat im März 2007 festgelegt wurden:

- Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 % bzw. um 30 % für den Fall, dass die internationalen Verhandlungen für ein globales Abkommen für den Zeitraum nach 2012 erfolgreich abgeschlossen werden,
- Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien beim Energieverbrauch der EU bis 2020 auf 20 %,

- Verbesserung der Energieeffizienz bis 2020 um 20 %.

Eine Übereinkunft über das „Klima-Energie-Paket“ bis Ende 2008 stellt für die Europäische Union eine Maßnahme dar, der eine entscheidende Bedeutung zukommt, geht es doch darum, ihre Rolle als Triebkraft und ihre Glaubwürdigkeit in den internationalen Verhandlungen über das Klima in Fortsetzung der Initiative von Bali zu stärken, um für Dezember 2009 in Kopenhagen eine positive Grundlage für ein anspruchsvolles und globales Abkommen über den Klimawandel für die Zeit nach 2012 zu schaffen, das dem Ziel gerecht wird, den Anstieg der Weltdurchschnittstemperatur bis 2050 auf maximal 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Die Konferenz von Posen im Dezember 2008 stellt einen wichtigen Schritt dar, in dessen Rahmen wirkungsvolle Verhandlungen zu führen sind, um den Grundstein für den Erfolg der Verhandlungen 2009 in Kopenhagen zu legen.

Um die übrige Welt mitzunehmen, muss der europäische Vertrag anspruchsvoll sein. Die französische Präsidentschaft wird darauf achten, dass auch die finanziellen Initiativen ergriffen werden, die für den Zugang der Entwicklungsländer zu den Technologien, die eine kohlendioxidarme Wirtschaftsentwicklung erlauben, notwendig sind. Darüber hinaus hat sich die Europäische Union mit Mitteln auszustatten, die so glaubwürdig sind, dass bestimmte Drittländer davon abgebracht werden, sich abseits der weltweiten Bewegung des Kampfes gegen die Klimaerwärmung zu stellen.

Die französische Präsidentschaft wird vor dem Hintergrund der informellen Treffen der Umwelt- und Energieminister vom 3. bis 5. Juli in Paris Gespräche sowohl über das Klima-Energie-Paket als auch über die Vorbereitung internationaler Fristen führen.

Darüber hinaus strebt die Präsidentschaft Einvernehmen mit dem Europäischen Parlament über den Vorschlag zur Verordnung der CO₂-Emissionen von Leichtfahrzeugen sowie den Abschluss der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Einbeziehung der Luftfahrtsektors in das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten an.

➤ **Die Energiesicherheit stärken**

Die europäische Energiepolitik verfolgt drei Ziele: Teilnahme am Kampf gegen die Klimaerwärmung, Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften und Verfügbarkeit erschwinglicher Energien, Ausbau der Versorgungssicherheit der EU. Um die europäische Energiepolitik Realität werden zu lassen, sind die Sicherheit und die Energiediplomatie Europas auf energetischem Gebiet zu vertiefen und auszubauen.

Angesichts dieser Zielstellung wird die Präsidentschaft den Maßnahmen zur Stärkung der Energiesicherheit sowohl intern (Energieeffizienz, Errichtung eines einheitlichen und solidarischen Energieraums, Vielfalt der Energiequellen) als auch extern (Schaffung von Energiepartnerschaften mit den großen Erzeuger-, Verbraucher- und Transitländern) Priorität einräumen. Diese Überlegungen stehen mit dem zweiten strategischen Bericht im Zusammenhang, der im Herbst 2008 von der Kommission erwartet wird.

Hinsichtlich der internen Maßnahmen, deren Ziel darin besteht, bis 2020 20 % Energie einzusparen, setzt die Präsidentschaft den Akzent auf die Verbesserung der Energieeffizienz in verschiedenen Bereichen, wozu der Stand-by-Modus von elektrischen Geräten, Glühbirnen oder auch die energetische Leistungsfähigkeit von Gebäuden gehört. Darüber hinaus möchte die Präsidentschaft Europa zu einem vereinten Energieraum gestalten, indem sie:

- den Energiebedarf der Europäischen Union von morgen bestimmt und daraus gemeinsam die notwendigen Investitionen ableitet;

- die notwendigen Bedingungen für einen möglichst reibungslosen Energieaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten schafft, vor allem durch Zusammenschaltungen und Zusammenarbeit zwischen den Netzen;
- Versorgungskrisen durch eine größere Transparenz, vor allem in Bezug auf die Öl- und Gasreserven, und durch die Einrichtung von Notfallplänen in jedem Staat und die Erarbeitung gemeinschaftlicher Maßnahmen, die für ein Krisenmanagement notwendig sind, gemeinschaftlich vorgeht und diesen vorbeugt.

Hinsichtlich der externen Maßnahmen soll im Rahmen der im Halbjahr geplanten Gipfeltreffen ein privilegierter Dialog mit mehreren Drittstaaten geführt werden, die Erzeuger-, Verbraucher- oder Transitland sind (Russland, Ukraine, China, Indien), aber auch mit regionalen Einheiten (Zentralasien, Baku-Prozess, Energiecharta, Mittelmeer) bzw. mit der OPEC, um die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Kampf gegen den Klimawandel zu fördern.

Die Präsidentschaft wird den vom Rat zu den Vorschlägen des Pakets „Binnenmarkt für Strom und Gas“ gefundenen Kompromiss ausgestalten und auf dieser Basis auf ein Übereinkommen mit dem Europäischen Parlament hinwirken.

➤ **Die Folgen der Energieverteuerung dämpfen**

Das makroökonomische Umfeld Europas ist derzeit von einem starken Anstieg der Energiepreise, vor allem für Erdöl, gekennzeichnet. Das hat sowohl soziale als auch wirtschaftliche Auswirkungen.

Nach der Europäischen Ratstagung am 19. und 20. Juni wird die französische Präsidentschaft in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission die Machbarkeit und Wirkung von Maßnahmen prüfen, die auf eine Begrenzung der Auswirkungen der Preisexplosion für Erdöl und Gas abzielen und dem Europäischen Rat vor seiner Oktobersitzung darüber Bericht erstatten.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich im Weiteren die Notwendigkeit zur schnellen Annahme des Pakets zu Klimawandel und Energie, von dem zahlreiche Elemente zur Verbesserung der Situation beitragen können. Die Anstrengungen zur Erhöhung von Energieeffizienz und Energieeinsparungen und zur Diversifizierung der Energieversorgung der Europäischen Union sind unbedingt fortzusetzen.

➤ **Eine Verkehrspolitik umsetzen, die der nachhaltigen Entwicklung dient**

Nachhaltiger Verkehr

Die Präsidentschaft hat sich die Aufgabe gestellt, in Übereinstimmung mit den Zielvorgaben des Europäischen Rats, eine Verkehrspolitik zu fördern, bei der die nachhaltige Entwicklung voll und ganz berücksichtigt wird. Dazu wird die Prüfung mehrerer Vorschläge beitragen, vor allem: die Novellierung der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge („Eurovignette“ genannt), die Anwendung neuer Technologien im Verkehrswesen (Galileo, SESAR), der Aktionsplan über die innerstädtische Mobilität, die Einführung eines Binnenmarkts für Verkehr...

Verkehrssicherheit

Die Präsidentschaft hat sich des Weiteren die Aufgabe gestellt, Initiativen voranzubringen, die auf eine Erhöhung der Verkehrssicherheit abzielen: Sicherheit des Seeverkehrs (Erika III-

Paket), Sicherheit des Luftverkehrs (zweites Paket einheitlicher europäischer Luftraum), Sicherheit des Straßenverkehrs.

Insbesondere für den letzten Punkt strebt sie eine Übereinkunft im Hinblick auf den Richtlinienentwurf an, der darauf abzielt, die grenzübergreifende Ahndung solcher Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung zu erleichtern, die die Sicherheit am meisten gefährden. Dieser Vorschlag hat eine starke symbolische und praktische Dimension: Er leistet einen signifikanten Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit auf den europäischen Straßen, indem er die Ahndung von Verstößen vorsieht, die als Ursache von drei Vierteln aller Unfälle gelten (Raserei, Alkohol am Steuer, Nichttragen des Sicherheitsgurts und Überfahren roter Ampeln).

➤ **Der Umweltschutz**

Neben dem Kampf gegen den Klimawandel gehören die Vermeidung von Umweltverschmutzung und Risiken zu den Hauptaufgaben der Präsidentschaft. Diese wird die Prüfung zahlreicher Vorschriften fortsetzen bzw. einleiten: integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU); Normen für die Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI), Treibstoffqualität, Elektro- und Elektronikschrott, Mitteilung über die Abwrackung von Schiffen...

Die Präsidentschaft wird in enger Zusammenarbeit mit der Kommission die Fortführung der Diskussion über gentechnisch veränderte Organismen (GVO) organisieren, vor allem im Hinblick auf die Verstärkung der Evaluierung auf europäischer Ebene.

Die französische Präsidentschaft wird die Arbeiten am Aktionsplan für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster unterstützen.

Die Präsidentschaft wird die europäische Koordinierung auf internationaler Ebene leiten, vor allem auf der Ebene der Vereinten Nationen. Sie verfolgt vor allem die Entwicklung der Diskussion über die internationale Umweltgovernance im Rahmen der UN-Vollversammlung sowie die internationalen Verhandlungen über die Biodiversität.

➤ **Die zukunftsbeste Ausgestaltung der Agrar- und Fischereipolitik der EU**

In Fortsetzung der von der slowenischen Präsidentschaft initiierten Arbeiten und auf der Grundlage der durch die Beschlüsse des Rats (Landwirtschaft) vom 17. März 2008 festgelegten Zielvorgaben wird die Präsidentschaft die Prüfung von Gesetzesvorschlägen über den „Gesundheitscheck“ der gemeinsamen Agrarpolitik mit dem Ziel fortsetzen, bis Ende 2008 neue Bestimmungen anzunehmen. Dazu wird sie eng mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten.

Parallel dazu wird die Präsidentschaft ihren Partnern vorschlagen, die Anforderungen und Ziele, mit denen die Landwirtschaft und die europäische Landwirtschaftspolitik zukünftig konfrontiert sein werden, auf einer breiteren Basis zu überdenken, da die Landwirtschaft einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft hat und derzeit zahlreichen Herausforderungen ausgesetzt ist, wozu die Gewährleistung der Ernährungssicherheit der europäischen Verbraucher, die auf einer kontinuierlichen, verfügbaren und in gesundheitlicher Hinsicht sicheren Versorgung beruht, der Beitrag zum internationalen Gleichgewicht der Ernährung, die Teilnahme am Kampf gegen den Klimawandel und zur Verbesserung der Umwelt sowie die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts unserer Territorien gehören.

Die Präsidentschaft wird diese prospektive Überlegung vor dem Hintergrund des informellen Treffens der Landwirtschaftsminister in Annecy vom 21. bis 23. September anstoßen.

Besonderes Augenmerk wird des Weiteren der Problematik der Sicherheit der Nahrungsmittel, der Tiergesundheit und des Pflanzenschutzes gewidmet. Dazu sollen die Prüfung mehrerer Themen beitragen, vor allem die Fortsetzung der Arbeiten zum „Pestizid-Paket“, die Stärkung des Gesundheitsschutzes beim Import landwirtschaftlicher Produkte und von Lebensmitteln bzw. die Reform der Politik zur Tiergesundheit.

Die Präsidentschaft betrachtet es als wichtiges Anliegen, auf der Grundlage von Vorschlägen die die Kommission vorlegen wird, die Ausgabe von Obst und Gemüse in den Schulen zu einer Realität werden zu lassen und die Fortsetzung des europäischen Programms zur Unterstützung der am meisten Benachteiligten abzusichern.

In der Fischereipolitik wird die Präsidentschaft neben der Prüfung der jährlichen Erklärung der allgemeinen Politik über die Möglichkeiten des Fischfangs und der Festlegung der zulässigen Gesamtfangmengen (TAC) sowie der Fischfangkontrolle für 2009 mehrere Vorschläge der Kommission (Vorschriften über technische Maßnahmen, Vorschriften für grobe Verstöße, Vorschriften über Fischfangkontrollen, Novellierung des Plans zur Rettung des Kabeljaus...) mit dem Ziel der Förderung eines nachhaltigen und von Verantwortung gekennzeichneten Fischereiwesens prüfen bzw. deren Prüfung fortsetzen. Besonderes Augenmerk wird auf die nachhaltige Entwicklung der Aquakultur gerichtet. Generell wird sich die französische Präsidentschaft, auf der Grundlage der von der Kommission erwarteten Vorschläge, für Maßnahmen auf Ebene der EU einsetzen, die der Fischereikrise Rechnung tragen.

Darüber hinaus wird die Präsidentschaft in Zusammenarbeit mit der Kommission die Modalitäten zur Verwaltung der Fischfangquoten überdenken, um die Nachhaltigkeit der Fischereibestände zu steigern.

➤ **Die Entwicklung einer kohärenteren Meerespolitik**

Die Präsidentschaft wird auf der Grundlage des Blaubuchs und des Aktionsplans der Kommission und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Europäischen Rats von Dezember 2007 die Arbeiten zur Festlegung und Umsetzung einer integrierten Meerespolitik der Europäischen Union fortsetzen. Diese soll der Europäischen Union zu mehr Kohärenz bei ihren verschiedenen sektoriellen Aktionen verhelfen, die sie auf dem Gebiet der Meerespolitik durchführt, indem sie in einen globalen Zusammenhang der Meere und Ozeane gestellt werden, in den Rahmen der regionalen Herangehensweise.

Dabei wird die Präsidentschaft besonderes Augenmerk auf vier Aktionsbereiche legen: Stärkung der „Meeres-Governance“, vor allem anhand der Konsolidierung der Punkte, die national im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, Überwachung des Seeverkehrs und baldige Einrichtung eines europäischen Netzes zur Seeverkehrsüberwachung, Schutz der Meeresumwelt, Forschungen im Bereich Meer und Seeverkehr.

1.2. Das Europa der Solidarität

➤ **Entwicklung politischer Maßnahmen zugunsten des sozialen Zusammenhalts**

Die Präsidentschaft will die soziale Dimension europäischer Politik und jene Werte fördern, die das europäische Sozialmodell auszeichnen.

Eine neue Sozialagenda

Die Überprüfung der europäischen Sozialagenda soll es ermöglichen, die sozialen Ambitionen für das Europa der kommenden Jahre festzulegen. Insbesondere soll die Debatte die Möglichkeit bieten, eventuelle neue Themen anzusprechen, die in Zukunft von Bedeutung sein werden: die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Situation älterer Menschen; die Globalisierung und der Platz, den Europa darin einnehmen soll; die Vielfalt und Bekämpfung von Armut. Auch die Instrumente des sozialen Europas sollten überdacht werden: gesetzgebende, finanzielle und vertragliche Instrumente sowie ein offenes Koordinierungsverfahren. Diese Überlegung hat außerdem den Ausbau der sozialen Dimension des Binnenmarktes zum Ziel, die eine maßgebliche Grundvoraussetzung für sein gutes Funktionieren und die Stärkung des Vertrauens darstellt, das die Bürger ihm entgegenbringen.

Diese Themen werden bei dem am 11. und 12. Juli stattfindenden informellen Treffen der Minister des Rats „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) angesprochen.

Die französische Ratspräsidentschaft veranlasst überdies die Durchsicht der von der Kommission vorgelegten, in der neuen Sozialagenda enthaltenen Vorschläge.

Flexisicherheit, Beschäftigung, Arbeitsrecht, Mobilität

Die französische Ratspräsidentschaft wird eng mit dem Europäischen Parlament an der Annahme des anlässlich des EPSCO-Rates vom 9. Juni 2008 erzielten Kompromisses über die beiden Richtlinien über die „Flexibilisierung der Arbeitszeit“ und den „Schutz der Zeitarbeitnehmer“ zusammenarbeiten.

Die Ratspräsidentschaft ist bestrebt, anhand der Aufwertung der Herausforderungen für eine Verbesserung der geografischen und beruflichen Mobilität sowie der Sicherung des beruflichen Laufbahn durch die Ausbildung bzw. den Zugang zu den Rechten, die Umsetzung und Aneignung der gemeinsamen Grundsätze der „Flexisicherheit“ durch die Mitgliedsstaaten zu fördern. Zu diesem Zweck bedient sie sich der Ergebnisse der Arbeiten der im Februar 2008 gegründeten dreiseitigen Abordnung für die Flexisicherheit: die Abordnung stellt beim EPSCO-Rat am 2. und 3. Oktober einen Zwischenbericht und seine endgültigen Schlussfolgerungen anlässlich des EPSCO-Rates am 15. und 16. Dezember vor.

Die Ratspräsidentschaft bevorzugt außerdem Initiativen, die auf die Entwicklung der geografischen Mobilität abzielen. Die Ratspräsidentschaft wird insbesondere die Verhandlungen anlässlich der Richtlinie über die Tragbarkeit von Ansprüchen auf Zusatzrenten vorantreiben – es handelt sich dabei um ein maßgebliches Vorhaben zur Verbesserung der Rechte mobiler Arbeitnehmer in Europa und verleiht dem Ziel beruflicher Mobilität Gewicht.

Am 11. und 12. September wird eine Konferenz über die Mobilität von Erwerbstätigen stattfinden, bei deren Anlass gleichzeitig die mit funktioneller Mobilität (Flexisicherheit) und geografischer (grenzüberschreitender) Mobilität verbundenen Fragen angesprochen werden.

Um den sozialen Dialog auf europäischer Ebene zu entwickeln, fördert die Ratspräsidentschaft den grenzüberschreitenden Dialog, gegebenenfalls auf der Grundlage von Vorschlägen der Kommission. Die Ratspräsidentschaft strebt ebenfalls nach einer Einigung über den Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie 94/45/EG vom 22. September 1994 „über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen“: die Europäischen Betriebsräte

stehen im Mittelpunkt der Entwicklung grenzüberschreitender sozialer Beziehungen und schaffen steigende Erwartungen.

Bekämpfung von Armut

Die Förderung der aktiven Eingliederung der am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernten Menschen ist eine Antwort auf die Anforderungen nach Solidarität, die das Kernstück europäischer Werte und Identität bilden. Die Ratspräsidentschaft wird dieses Thema besonders hervorheben, um auf der Grundlage einer Empfehlung der Kommission gemeinsame Grundsätze zu definieren. Sie wird außerdem innovative soziale Experimentalprogramme, den Erfahrungsaustausch und die Einrichtung von europäischen Qualitätsnetzwerken fördern. In diesem Zusammenhang wird am 15. und 16. Oktober in Marseille eine europäische Gesprächsrunde über Armut und soziale Ausgrenzung veranstaltet, deren Arbeiten sich der Thematik aktiver Eingliederung widmen. Im Anschluss daran findet am 16. Oktober ein Treffen auf Ministerebene statt.

Bekämpfung von Diskriminierungen

In Fortsetzung des europäischen Jahres der Chancengleichheit 2007 trägt die französische Ratspräsidentschaft für Fortschritte in der Bekämpfung von Diskriminierungen in Europa Sorge. Sie begünstigt die Verhandlung und die Einigung über einen von der Kommission erwarteten Vorschlag im Rahmen der neuen Sozialagenda.

Am 29. und 30. September wird in Paris ein Gipfel über Chancengleichheit stattfinden.

Gleichstellung von Frauen und Männern

Fortschrittsbemühungen zur Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, insbesondere hinsichtlich der Qualität von Frauenarbeitsplätzen, sind auch weiterhin erforderlich, um noch immer bestehende Vergütungsunterschiede anzugleichen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten.

In diesem Kontext unterstützt die Ratspräsidentschaft die Initiativen der Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie 92/85 vom 19. Oktober 1992 über Mutterschaftsurlaub, der Richtlinie 96/34 vom 3. Juni 1996 über Elternurlaub sowie der Richtlinie 86/613 über die Gleichstellung von Männern und Frauen, die eine selbstständige Erwerbstätigkeit – auch in der Landwirtschaft - ausüben.

Eine Konferenz und ein Ministertreffen über das Thema der beruflichen Gleichbehandlung von Männern und Frauen werden am 13. und 14. November stattfinden.

Die Ratspräsidentschaft unterstützt ebenfalls Initiativen zur Begünstigung der vollständigen Anerkennung der Frauenrechte in Europa.

Gesundheit

Die Ratspräsidentschaft möchte drei starke Thematiken besonders hervorheben:

- Alzheimer-Krankheit: die Ratspräsidentschaft wird eine bessere Behandlung und Pflege der Kranken und ihrer Familien anhand von drei Arbeitsachsen fördern: Gesundheit, Solidarität und Forschung. Hierbei geht es um den Austausch nationaler Erfahrungen und deren Förderung sowie, gegebenenfalls, um eine Zusammenarbeit an einem Thema, das infolge der Bevölkerungsalterung alle Mitgliedsstaaten berührt. Eine große europäische Konferenz vom 30.-31. Oktober in Paris ist diesem Thema gewidmet.

- die Verbesserung der Gesundheitssicherheit in Europa: vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Rahmen der Vorbereitung einer Grippepandemie geht es dabei um die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und das Streben nach Verbesserungsmöglichkeiten für die Koordinierung im Umgang mit gesundheitlichen Risiken großen Ausmaßes innerhalb der Union. Dieses Thema wird insbesondere bei dem vom 8.-9. September in Angers vorgesehenen informellen Treffen der für Gesundheit zuständigen Minister behandelt.
- das Europa der Gesundheit im Dienst der Patienten: die französische Ratspräsidentschaft wird die Arbeiten zu dem von der Kommission erwarteten Vorschlag vorantreiben.

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse spielen in der Förderung des sozialen und territorialen Zusammenhalts der Union eine entscheidende Rolle.

Die französische Ratspräsidentschaft ist bestrebt, die Überlegung über eine rechtliche Absicherung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse in der Weise fortzuführen, dass sichergestellt wird, dass die Eigenart ihrer Aufgaben und die besonderen Wesensmerkmale bei der sektoralen Vorgehensweise berücksichtigt werden. Ein europäisches Forum über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse findet am 28. und 29. Oktober statt.

➤ *Eine erneuerte Ambition zugunsten der Kohäsionspolitik*

Die französische Ratspräsidentschaft fördert die Überlegungen hinsichtlich der Kohäsionspolitik, in Fortsetzung der Arbeiten, die insbesondere bei dem informellen Treffen auf den Azoren (November 2007) und bei der Konferenz über die Zukunft der Kohäsionspolitik (April 2008) geleistet wurden.

Die französische Ratspräsidentschaft wird auch die Fortsetzung der Territorialen Agenda und der Leipzig Charta zur nachhaltigen Stadtentwicklung sicherstellen. In diesem Rahmen schlägt sie Aktionen vor wie beispielsweise das „Benchmark für die nachhaltige Stadt“, das sich auf technische Kriterien und betriebliche Indikatoren stützt, welche für die nachhaltige Stadt charakteristisch sind.

Die französische Ratspräsidentschaft wird die in der Kommunikation bereits begonnenen Überlegungen über die „Strategie für Regionen in äußerster Randlage: Fortschritte und Ausblick“ und die aus der öffentlichen Anhörung erwarteten Schlussfolgerungen fortführen. Die Vorteile dieser Regionen und die Rolle, die sie in der Europäischen Union beispielsweise für die Biodiversität, die Hochseepolitik oder die Steuerung des Klimawandels spielen können, sollten aufgewertet werden.

Ebenso wird die Ratspräsidentschaft die Überlegungen über die künftigen Beziehungen zu überseeischen Ländern und Territorien vorantreiben.

1.3. Ein innovatives und wettbewerbfähiges Europa

➤ *Das Europa des Wissens und der Mobilität*

Erziehung, Bildung und Innovation bilden die Grundpfeiler der Gesellschaft des Wissens, in welche Europa auch künftig weiterhin investieren muss und deren Mehrwert weiterentwickelt werden soll. Sie leisten einen bedeutenden Beitrag zu den Bemühungen für eine

Verbesserung des Wachstums, der Beschäftigung, der Wettbewerbsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts in Europa im Sinne der Strategie von Lissabon. Sie spielen eine entscheidende Rolle für die Einbeziehung junger Menschen und die Anpassung von Arbeitnehmern in immer komplexeren Gesellschaften und Wirtschaften.

Diese Ziele werden im Rahmen der Gemeinschaft durch die Stärkung der Rolle von Erziehung und Ausbildung in der Strategie von Lissabon, die Schaffung von Strategien für lebenslange Erziehung und Ausbildung durch die Mitgliedsstaaten, die Förderung von Innovationen und Kreativität als Beitrag zur Entwicklung des Wissensdreiecks (Bildung, Innovation, Forschung) sowie die Förderung europäischer Räume für Bildung und Berufsausbildung, Hochschulausbildung und Forschung, die zur Erhaltung der Anziehungskraft europäischer Bildungssysteme in der Welt wesentlich sind, weiterverfolgt.

Die Schaffung eines Wissens- und Mobilitätsraumes setzt zudem die Stärkung der Bindungen zwischen den europäischen Bürgern durch Erlernen, Beherrschen und Anwenden mehrerer Sprachen voraus. Die französische Ratspräsidentschaft lenkt von daher ein besonderes Augenmerk auf die Sprachenvielfalt.

Förderung der Mobilität von Studenten und Auszubildenden

Qualitätssicherung in der allgemeinen Hochschulausbildung auf europäischer Ebene ist ein Thema, das die französische Ratspräsidentschaft besonders hervorzuheben wünscht, mit dem Ziel, den Austausch von Studenten, Lehrkräften und Forschern zu begünstigen. Insofern wird sie den Abschluss des Beschlusses über das „Erasmus Mundus 2009-2013“-Programm leiten. Im September wird in Straßburg eine Konferenz stattfinden, in deren Verlauf das Thema Qualitätssicherung ein spezifisch behandeltes Thema darstellen wird.

Die französische Ratspräsidentschaft wird ein besonderes Augenmerk auf die Mobilität von Auszubildenden lenken. Die Mittel zur Verbesserung dieser Mobilität von Lehrlingen werden bei einer europäischen Konferenz zur „Berufliche Grundausbildung von jungen Menschen im Dualsystem: Europäisierung der Ausbildungswege“ im November 2008 im Rahmen der Europäischen Bildungsmesse erörtert.

Beschleunigter Aufbau eines wirklichen europäischen Forschungsraums

Den Aufbau eines europäischen Forschungsraums zu beschleunigen und ihn leistungsfähiger zu machen, sind wesentliche Ziele der französischen Ratspräsidentschaft, die in dem von der slowenischen Ratspräsidentschaft geschaffenen Rahmen des „Ljubljana-Prozesses“ erfolgen.

Die französische Ratspräsidentschaft hofft, auf diese Weise die Annahme von Schlussfolgerungen über die Strategie der gemeinsamen Entwicklung von Programmen, die Mobilität von Forschern und die Strategie der internationalen Zusammenarbeit des europäischen Forschungsraums herbeiführen. Sie plant eine Vereinbarung über den rechtlichen Rahmen neuer paneuropäischer Forschungsinfrastrukturen. Hinsichtlich der Frage der großen Forschungsinfrastrukturen, wird sie im Übrigen für die Herausbildung einer gemeinsamen strategischen Sichtweise Sorge tragen.

Die französische Ratspräsidentschaft wird darüber hinaus Arbeiten anstrengen, die auf die Festlegung einer „Sichtweise für den Horizont 2020“ für den europäischen Forschungsraum abzielen. In diesem Rahmen werden Ministerdebatten über die wichtigsten Herausforderungen stattfinden, denen sich die europäische Forschung stellen muss, um Ausrichtungen von vorrangigen Thematiken wie Energie und Klimawandel, Ernährung und Agrarwissenschaft, Gesundheit und Bevölkerungsalterung oder die Informationsgesellschaft festzulegen.

Aufwertung der Errungenschaften des Kopenhagen-Prozesses im Bereich Erziehung und Berufsausbildung

Eine Anhörung über das „europäische Kreditpunkte-System für die berufliche Bildung“ (ECVET) wurde in den am Kopenhagen-Prozess teilnehmenden europäischen Staaten durchgeführt. Die Kommission hat zu diesem Thema einen Empfehlungsentwurf sowie einen Empfehlungsentwurf für die Qualitätssicherung in der Berufsausbildung vorgestellt. Die französische Ratspräsidentschaft beabsichtigt, bei beiden Empfehlungen zu einem Beschluss zu kommen.

Das informelle Ministertreffen im November 2008 in Bordeaux wird die Gelegenheit sein, eine sehr umfassende Bilanz über den Kopenhagen-Prozess aufzustellen, unter Berücksichtigung der gegenwärtig durchgeführten Versuche hinsichtlich des europäischen Rahmens der Zertifizierung in Verbindung mit der Umsetzung nationaler Rahmenbedingungen ebenso wie des neuen europäischen Kreditsystems für die Berufsausbildung. Die Weiterbildung im Rahmen von Hochschulen wird bei dieser informellen Sitzung in Verbindung mit der Initiative des Europäischen Hochschulverbandes ebenfalls untersucht werden.

Jeder soll die Möglichkeit erhalten, seine schulische und berufliche Laufbahn zu wählen

Die französische Ratspräsidentschaft wird sich eng mit dem Thema der Orientierung, Information und Beratung befassen, um die Übergänge zwischen dem Ausbildungsweg und den Entwicklungen in der beruflichen Laufbahn zu ermöglichen. Dieses Vorgehen dient der Reduzierung von Schulabgängen ohne Abschluss und begünstigt den Erfolg. Die Ratspräsidentschaft wird im September 2008 in Lyon eine Konferenz zu diesem Thema abhalten.

Chancen in der Raumfahrt nutzen

Die Raumfahrt stellt einen herausragenden wachstums- und wettbewerbsbegünstigenden Faktor für die europäische Industrie dar. Die europäische Ratspräsidentschaft möchte die Entwicklung und Dynamik dieses vielversprechenden Wirtschaftszweigs fördern.

Durch die Entwicklung der Programme Galileo und GMES (*Global Monitoring for Environment and Security*) können zahlreiche Anwendungen dem Bürger langfristig dienen, sei es bei der Verbesserung der Datenbeobachtung im Bereich Umwelt oder beim besseren Umgang mit natürlichen und industriellen Risiken. Das in Lille im September 2008 organisierte GMES-Forum geht mit der Einführung der ersten GMES-Dienstleistungen einher und bietet die Möglichkeit, den Anwendern den erwarteten Nutzen vorzustellen. Das Thema wird beim Rat für Wettbewerb im Dezember 2008 angesprochen.

Die französische Ratspräsidentschaft beabsichtigt außerdem, die Rolle der Europäischen Union als bedeutender Akteur der Raumfahrtspolitik zugunsten einer ehrgeizigen, unabhängigen und kohärenten Politik auszubauen.

Ein informelles Treffen der europäischen Minister für Raumfahrt, an der auch das Europäische Parlament und die Kommission teilnehmen, wird am 21. und 22. Juli 2008 im europäischen Weltraumbahnhof in Kourou stattfinden. In diesem Rahmen bietet sich die Gelegenheit, über die neuen Prioritäten zu sprechen, welche die Europäische Union im Bereich der Raumfahrt entwickeln könnte, etwa Klimawandel, Sicherheit oder Wettbewerbsfähigkeit.

➤ **Ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit**

Die französische Ratspräsidentschaft wacht über die Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit in seinen internen wie externen Ausprägungen.

Sie strebt eine von der Kommission angeregte Vereinbarung über Maßnahmen zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) an – die europäische Regelung für kleine Unternehmen (Small Business Act). Die Ratspräsidentschaft schlägt vor, insbesondere für innovative KMU am Finanzierungszugang zu arbeiten, die Integration in den Binnenmarkt für KMU zu begünstigen, vor allem mittels der Annahme des Rechtsstatus eines europäischen Privatunternehmens sowie eines verbesserten Rechtsschutzes von Industrieigentum und der Förderung des Unternehmertums. Sie setzt die Arbeiten zugunsten eines vereinfachten Zugangs von KMU zu öffentlichen Ausschreibungen und die Vereinfachung des administrativen und rechtlichen Umfeldes für KMU fort.

Die französische Ratspräsidentschaft leitet die Arbeiten für die von der Kommission vorgestellte nachhaltige Industriepolitik. Der Übergang zu einer Wirtschaft mit niedrigen Kohlendioxidemissionen stellt für die europäische Industrie eine großartige Gelegenheit dar und nicht nur reine Kosten: Europa kann diesen Übergang begünstigen und dank der Förderung von kohlenstoffarmen Technologien, die Festlegung von gemeinsamen Normen und Standards für die Umwelleistungsfähigkeit und die Anregung der Nachfrage in einen Wettbewerbsvorteil verwandeln. Die Herausforderung besteht darin, die europäische Industrie die neuen Märkte und wirtschaftlichen Möglichkeiten vollständig ausschöpfen zu lassen und an der Spitze des Übergangs zu einer „grünen“ Wirtschaft zu stehen. In steuerlicher Hinsicht wird die französische Ratspräsidentschaft die Überlegungen zur Möglichkeit lenken, eine verminderte Mehrwertsteuer auf grüne Produkte, basierend auf der von der Europäischen Kommission erwarteten Mitteilung, einzuführen.

Die Wettbewerbspole sind ein Schlüsselinstrument für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Wirtschaft. Basierend auf einer Mitteilung der Kommission über „Clusters“ untersucht die französische Ratspräsidentschaft die Mittel zur Förderung der Entstehung von europäischen Polen mit weltweitem Ausmaß.

Die französische Präsidentschaft wacht über die Fortsetzung der Bemühungen zugunsten der Ausdehnung von Informationstechnologieinfrastrukturen, die für die Wettbewerbsfähigkeit Europas von strategischer Bedeutung sind, insbesondere für den Breitbandanschluss.

Die französische Ratspräsidentschaft strebt eine Vereinbarung über die gegenwärtig laufende Überarbeitung des europäischen Gesetzesrahmens für elektronische Netzwerke und Kommunikationsdienstleistungen („3. Telekommunikationspaket“) an, die eine wesentliche Herausforderung für ein wettbewerbsfähiges Europa darstellt.

➤ **Ein Europa als Garant der Interessen seiner Unternehmen und Verbraucher**

Im Anschluss an die Kommissionsmitteilung „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“ vom 20. November 2007 setzt die Ratspräsidentschaft die Vertiefung des Binnenmarktes fort und richtet ein besonderes Augenmerk auf die Beseitigung von Handelshemmnissen und den Verbraucherschutz.

Die französische Ratspräsidentschaft setzt außerdem die Bemühungen der slowenischen Ratspräsidentschaft zugunsten eines einheitlichen Patentrechtssystems fort, das eine echte Verbesserung für die Unternehmen und insbesondere für KMU darstellt. Sie wird sich um

Fortschritte im Bereich eines europäischen Patents bemühen, das einheitliche Merkmale auf dem gesamten Hoheitsgebiet der Europäischen Union zu einem angemessenen finanziellen Aufwand aufweist und auf diese Weise eine maximale rechtliche Absicherung garantiert sowie die gegenwärtig herrschenden sprachlichen Ausgewogenheiten erhält.

Die Ratspräsidentschaft will die Bekämpfung der Fälschungen auf Gemeinschaftsebene verstärken, um sich vor den Gefahren zu schützen, die dieser Aspekt für die Gesundheit, Sicherheit, Wirtschaft, Beschäftigung und das kreative Schaffen darstellt. Es ist notwendig, die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten für dieses Thema zu mobilisieren. Im Anschluss an die von der Kommission erwartete Mitteilung, wird die Ratspräsidentschaft einen integrierten Plan für den Zeitraum 2009-2011 vorstellen, gefolgt von einer Reihe großer Ausrichtungen, namentlich die Bekämpfung von Gesundheit und Sicherheit von Verbrauchern gefährdende Fälschungen und die weltweite Ausweitung des Phänomens, insbesondere im Rahmen von Verhandlungen mit Drittländern. Sie unterstützt die Einrichtung eines europäischen Beobachtungszentrums für Fälschungen.

Die Ratspräsidentschaft setzt die begonnenen Arbeiten für die Modernisierung der Zollbehörden und die Erleichterung des Handels fort, insbesondere durch die Einrichtung einer zentralen Zollabfertigung. Zum Anlass des vierzigsten Jahrestags der Europäischen Zollunion wird sie das Augenmerk auf die künftige Rolle der Zollbehörden richten.

Die Ratspräsidentschaft wacht über den verstärkten Verbraucherschutz auf dem Binnenmarkt. Sie unterstützt insbesondere das Prinzip einer Überarbeitung des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Bereich Verbraucherschutz sowie die Initiative der Kommission hinsichtlich einer europäischen Verbraucherkontrolle. Sie trägt für Fortschritte beim Vorordnungsvorschlag in Bezug auf die Verbraucherinformation über Lebensmittel und die Überarbeitung der Verordnung über neue Lebensmittel Sorge. Die Ratspräsidentschaft ersucht bis Ende dieses Jahres eine Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament über einen Gesetzesvorschlag zu der gegenwärtig geführten Debatte über die Sicherheit von Spielzeugen.

Die Ratspräsidentschaft setzt ihre Initiative der „Bessere Rechtsetzung“ fort. Sie unterstreicht insbesondere den Zugang zu Rechtsmitteln für eine verbesserte Zugänglichkeit zu der gemeinschaftlichen Gesetzgebung.

Die Ratspräsidentschaft bemüht sich um Fortschritte bei den Initiativen im Steuerbereich, insbesondere dort, wo Hindernisse für das gute Funktionieren des Binnenmarktes identifiziert werden. Sie beabsichtigt insbesondere Fortschritte in der Debatte über die Überarbeitung des Gesetzesrahmens für Finanzdienstleistungen im Bereich Mehrwertsteuer sowie die Überarbeitung der geltenden Bestimmungen für die Besteuerung von Treibstoffen. Die Ratspräsidentschaft strebt überdies eine politische Vereinbarung über den Richtlinienentwurf zu reduzierten Mehrwertsteuersätzen an, der im Juli von der Kommission vorgelegt wird.

Der Kampf gegen Betrug und Steuerflucht stellt ein weiteres Mittel zur Aufhebung der Hindernisse des Binnenmarktes dar. In diesem Bereich trägt die Ratspräsidentschaft für die Fortsetzung der Arbeiten Sorge, welche die Mängel der Sparrichtlinie ausgleichen soll und unterstützt Arbeiten zur Verstärkung der Instrumente für die Bekämpfung von Betrug im Rahmen des aktuellen Mehrwertsteuersystems im Hinblick auf ihre baldige Umsetzung sowie die Begünstigung der Einrichtung von Strukturen für die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrugsfällen (Eurofisc).

1.4. Ein wirtschaftliches und finanzielles Europa im Dienste des Wachstums und der Beschäftigung

➤ *Stärkung der finanziellen Stabilität*

Dank der Entwicklung und der steigenden Integration der Finanzmärkte konnten zusätzliche Handlungsspielräume für die Finanzierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Mutualisierung der Risiken geschaffen werden. Die seit Sommer 2007 herrschenden Turbulenzen haben allerdings gezeigt, wie dringend Stabilität und Transparenz des Finanzsystems gestärkt und diese Funktionsstörungen beseitigt werden müssen.

Die französische Präsidentschaft setzt den Fahrplan für die finanzielle Stabilität um und legt den Akzent auf die Notwendigkeit einer größeren Markttransparenz, ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein der verschiedenen Akteure des Finanzsektors sowie die Einrichtung einer geeigneten Aufsicht über die transeuropäischen Finanzgruppen.

Hinsichtlich der Transparenz müssen die Fachleute und die betroffenen Behörden einen besonderen Einsatz leisten, um den Investoren eine vollständige und lesbare Information an die Hand geben zu können. Die französische Präsidentschaft sucht nach einer Einigung über die Ratingagenturen, um ein wirksames Kontrollsystem auf europäischer Ebene zu schaffen. Die französische Präsidentschaft kümmert sich auch mit Nachdruck um die Liquiditätsverwaltung und die Abwicklung von Verbriefungsgeschäften im Rahmen der Überprüfung der Richtlinie über die Angemessenheit von Eigenmitteln. Diese Arbeiten werden in geeigneter Abstimmung mit denen auf internationaler Ebene durchgeführt, für die die Präsidentschaft gemeinsame Positionen sucht.

➤ *Verbesserung des europäischen Aufsichtssystems*

Die französische Präsidentschaft bemüht sich, die Aufsicht der grenzüberschreitenden Finanzgruppen zu verstärken und eine übereinstimmende Anwendung des Finanzrechts im gesamten Territorium herbeizuführen. Vor allem hinsichtlich des Versicherungsbereichs sorgt sie dafür, dass die Anwendung von „Solvabilität II“ eine Harmonisierung der Kontrollregeln und –praktiken ermöglicht, damit die Integration des europäischen Versicherungsmarktes voranschreitet und ein besserer Schutz der Versicherten erzielt wird.

➤ *Förderung der finanziellen Integration in Europa*

Die Finanzdienstleistungen für Privatkunden sind ein wichtiger Aspekt im täglichen Leben der Bürger der Europäischen Union, aber ihre Integration ist noch unzureichend. In diesem Zusammenhang bemüht sich die französische Präsidentschaft um die Befriedigung der legitimen Erwartungen der europäischen Bürger, indem sie insbesondere die europäische Initiative mit dem Hintergrund unterstützt, die Bankenmobilität anzukurbeln und die auf die Schaffung eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraum abzielenden Arbeiten zu fördern.

Im Bereich des Back Office bittet die französische Präsidentschaft den Rat über die Arbeiten an dem Projekt „Target2-Securities“ des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank hinaus, die europäischen Initiativen zu prüfen, um die Preise besser vergleichen zu können, eine größere rechtliche und steuerliche Harmonisierung sowie eine bessere Aufsicht auf europäischer Ebene zu erreichen,

Die Präsidentschaft setzt sich für die Einführung eines europäischen Reisepasses zugunsten der Verwaltungsgesellschaften anlässlich der Änderung der OGAW-Richtlinie ein, um dem EU-Markt der Finanzverwaltung endlich ein Gesicht zu verleihen.

➤ **Gewährleistung der Effizienz der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion**

Die französische Präsidentschaft wird durch mehrere wichtige Meilensteine für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) gekennzeichnet sein.

Die EWWU feiert dieses Jahr ihr zehnjähriges Bestehen, und am Ende dieser zehn Jahre scheint die Einheitswährung ein Erfolg zu sein, auch wenn es immer noch Hürden auf dem Weg zur Gewährleistung der Effizienz der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Zeichen von Wachstum und Beschäftigung zu überwinden gilt. In diesem Zusammenhang bemüht sich die französische Präsidentschaft in Anschluss an die Mitteilung der Kommission und die schon unter slowenischer Leitung durchgeführten Arbeiten, dass der Rat in enger Zusammenarbeit mit der Eurogruppe die von der Kommission vorgebrachten Vorschläge umsetzt. Die französische Präsidentschaft misst der besseren Koordination der Eurozone eine besondere Bedeutung bei und sucht insbesondere nach dem verstärkten Dialog mit den Sozialpartnern, um den wirtschaftlichen Entwicklungen der Eurozone hinsichtlich Arbeitsmarkt und Wettbewerbsfähigkeit besser Rechnung zu tragen. Sie fördert die Verstärkung der Rolle der Eurozone in der internationalen Finanzszenen durch die Verlängerung des 2007 erzielten Vorsprungs und die Veranstaltung der Gipfeltreffen der Union zusammen mit Drittländern (EU-China, ASEM...), um die Fähigkeit der Union, ihre grundlegenden Interessen durchzusetzen, unter Beweis zu stellen.

Im Laufe des Halbjahrs führt die Präsidentschaft Arbeiten zur Durchsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und insbesondere zur Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite durch. Im Rahmen der 2005 erneuerten Lissabon-Strategie führt die Kommission einen Meinungsaustausch über Querschnittsfragen von gemeinsamem Interesse für die Union auf der Grundlage nationaler Reformprogramme durch, die im Herbst von den Mitgliedsstaaten vorgestellt werden.

In statistischer Hinsicht wickelt die französische Präsidentschaft die laufenden Arbeiten in Kontinuität mit den vorherigen Präsidentschaften ab und hofft auf Fortschritte hinsichtlich der gesamten, zur Zeit diskutierten Bestimmungen.

Außerdem wird während der französischen Präsidentschaft ein neuer Präsident der Eurogruppe ernannt.

2. EUROPA EMPFÄNGLICHER MACHEN FÜR DIE RECHTE, DIE SICHERHEIT UND DIE INTERESSEN DER BÜRGER

2.1. Ein Raum für Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit

Die Entwicklung eines gemeinsamen Raumes für Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit ist eine essentielle Dimension des europäischen Aufbauwerks geworden, und sie beruht auf einem Gleichgewicht zwischen dem freien Personenverkehr, der Stärkung der Sicherheit der europäischen Bürger und dem Respekt der Grundrechte und individuellen Freiheiten. Getreu diesem Gleichgewicht möchte die französische Präsidentschaft ihren ganzen Beitrag zu diesen neuen Errungenschaften leisten.

Im zweiten Halbjahr 2008 obliegt es der französischen Präsidentschaft, auf die Kontinuität der Bemühungen der letzten Jahre zu achten, um die Union mit den Instrumenten auszustatten, die sie für eine engere Zusammenarbeit mit den Behörden der Mitgliedsstaaten benötigt, welche mit der Gerechtigkeit und der Sicherheit sowie der Vorbereitung der Zukunft beauftragt sind.

Zu diesem Zweck werden im zweiten Halbjahr die Ergebnisse der Arbeiten der Zukunftsgruppe vorgestellt, dank der die Innen- und Immigrationsminister einerseits und die Initiative Frankreichs, der Justiz, andererseits über die großen Grundsätze nachdenken können, die die nächste Etappe der Schaffung unseres gemeinsamen Raumes beeinflussen sollten.

➤ Auf dem Weg zu einem erneuerten politischen Engagement hinsichtlich Asyl und Immigration

Im Dezember 2007 hat der Europäische Rat festgestellt, dass die Entwicklung einer globalen europäischen Politik im Bereich der Migrationen eine grundlegende Priorität der Union bleibt, und daher die Notwendigkeit eines erneuerten politischen Engagements in dieser Angelegenheit betont. Die französische Präsidentschaft reagiert auf diesen Appell und schlägt ihren Partnern die Verabschiedung eines Europäischen Pakts über Immigration und Asyl vor.

Dieser Pakt soll die Grundlagen für eine gemeinsame Politik schaffen, die ihre Kraft aus einem Geiste der Verantwortung und Solidarität schöpft, und er soll auf den drei Stützpfeilern des globalen Migrationsansatzes ruhen: eine bessere Organisation der gesetzlichen Migrationen, ein wirksamerer Kampf gegen die illegale Einwanderung und die Förderung einer engen Partnerschaft zwischen Ursprungs-, Transit- und Bestimmungsland der Migranten.

Unabhängig von der Verteilung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten, die respektiert werden muss, haben die von den einen getroffenen Beschlüsse in einem Raum des freien Personenverkehrs Konsequenzen für die anderen. In diesem Geiste besteht der Pakt aus mehreren starken politischen Engagements, deren Umsetzung durch den Europäischen Rat gewährleistet ist.

Die französische Präsidentschaft bemüht sich daher im Rahmen des Pakts um die Organisation der gesetzlichen Migration unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Aufnahmemöglichkeiten der Mitgliedsstaaten, die Förderung der Integration, den Kampf gegen die illegale Einwanderung, indem sie insbesondere die effektive Ausweisung illegaler Migranten garantiert, Europa durch eine verbesserte Wirksamkeit der Kontrollen an den Grenzen zu schützen, ein Europa des Asyls zu errichten und eine Partnerschaft mit den Ursprungs- und Transitländern der Migranten im Dienste ihrer Entwicklung zu schaffen.

Natürlich ist die französische Präsidentschaft bestrebt, eine konkrete Übersetzung der großen Ausrichtungen des Paktes über Immigration und Asyl zu liefern:

- im Bereich der legalen Migrationen bemüht sie sich, die Verhandlung über den Vorschlag für eine Richtlinie über die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen der hochqualifizierten Arbeitskräfte zu ihrem Ende zu bringen, die die Attraktivität der Europäischen Union durch die Einführung von Maßnahmen zur Begünstigung der Mobilität der betroffenen Personen im gemeinsamen Raum fördern soll;
- hinsichtlich der Integration organisiert sie am 3. und 4. November 2008 eine Ministerkonferenz zum Thema Integration, um zur Umsetzung der Europäischen Agenda in diesem Bereich beizutragen;
- im Falle illegaler Immigration sucht sie nach einer Einigung in erster Lesung hinsichtlich des Vorschlags für eine Richtlinie zur Einführung von Sanktionen gegen illegale ausländische Arbeitnehmer. Eine solche Maßnahme scheint wie eine unerlässliche Ergänzung einer wirksameren Abschiebungspolitik durch Unterstützung des Kampfs gegen die Nachfrage nach Schwarzarbeit, die für die Kandidaten der illegalen Einwanderung ein Anreiz ist;
- hinsichtlich der integrierten Verwaltung der Außengrenzen setzt sie die Arbeiten fort, die es der Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, der Frontex, ermöglichen sollen, ihre Mission ungestört auszuüben und ein wirksameres Instrument für die Solidarität der Union bei der Unterstützung der Krisensituationen ausgesetzten Mitgliedsstaaten zu werden. Auf der Grundlage der Überlegungen innerhalb des Verwaltungsrats der Agentur prüft sie unter Berücksichtigung der Besonderheit der Situationen an Land- und Seegrenzen der Union, wie sie ihre operative Rolle stärken kann;
- die gemeinsame Visapolitik wird Gegenstand einer aufmerksamen Prüfung mit dem Ziel der Verabschiedung des Gemeinschaftscodes und der Förderung der Entwicklung des Visa-Informationssystems (VIS) und insbesondere der Biometrie sein. Insbesondere durch die Erweiterung des amerikanischen Programms der Befreiung europäischer Bürger, die noch keinen Zutritt haben, von der Visumpflicht wird nach Gegenseitigkeit gesucht ;
- hinsichtlich der Asylpolitik bemüht sich die französische Präsidentschaft um die Einläutung einer neuen Etappe bei der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Regelung unter Berücksichtigung des Aktionsplans, den die Europäische Kommission im Juni vorgestellt hat. Zu diesem Zweck organisiert sie eine Ministerkonferenz vom 8. bis 9. September 2008, die einen Austausch zwischen den Mitgliedsstaaten und den Organisationen der Zivilgesellschaft ermöglicht. Ohne die Ziele eines gemeinschaftlichen Verfahrens und eines einheitlichen Status aus den Augen zu lassen, kümmert sie sich um die Förderung der Maßnahmen praktischer Art mit dem Ziel, den Mitgliedsstaaten zu Hilfe zu kommen, und insbesondere um die Gründung eines europäischen Unterstützungsbüros. Schließlich beginnt sie mit der Prüfung der sonstigen Gesetzesvorschläge, die die Kommission im Bereich der Aufnahmebedingungen für Asylantragsteller und der Benennung des Staates, der für den Asylantrag zuständig ist (Dublin) sowie Eurodac vor Ende 2008 vorbringen wird ;
- Die Veranstaltung der zweiten euro-afrikanischen Konferenz zur Migration und Entwicklung am 20. und 21. Oktober dieses Jahres in Paris wird eine Gelegenheit sein, mit der Umsetzung des im Juli 2006 in Rabat verabschiedeten Aktionsplans zu beginnen und diesem eine konkretere Richtung zu verleihen. Bei diesem Treffen sollen die Projekte festgelegt werden, die der Partnerschaft zwischen den Ursprungs-, Transit- und Bestimmungsändern der Migranten innerhalb der drei Bereiche, die durch den globalen Migrationsansatz abgedeckt sind, Gestalt verleihen. Dieser globale Ansatz wird im Übrigen

am 11. und 12. Dezember 2008 Gegenstand einer Evaluierung durch den Europäischen Rat auf der Grundlage einer Mitteilung der Kommission sein.

Alle diese Maßnahmen sind Teil der Kontinuität der Programme von Tampere (1999-2003) und Den Haag (2004-2009) sowie der Mitteilung der Kommission vom 17. Juni über eine gemeinsame Immigrationspolitik für Europa. Sie sind Teil einer gemeinsamen wirksamen und ausgeglichenen Migrationspolitik.

➤ **Ein sichereres Europa für seine Bürger**

Die französische Präsidentschaft bemüht sich, die Wirksamkeit der Bekämpfung von Kriminalität und Unsicherheit in allen ihren Bereichen zu steigern:

- im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der die Mitgliedsstaaten vereint, setzt sie sich für die Entwicklung gemeinsamer Instrumente ein: Einrichtung einer Datenbank für die Ereignisse hinsichtlich der Androhung oder Ausführung böswilliger Handlungen chemischer, biologischer, radiologischer oder nuklearer Art (CBRN); Verstärkung und Aufwertung der Rolle des Lagezentrums des Generalsekretariats des Rats (SitCen); Fortsetzung der Arbeiten hinsichtlich der Internetnutzung zu terroristischen Zwecken („*check the web*“); Ausarbeitung eines Handbuchs guter Verfahrensbeispiele insbesondere zur Verwendung im Strafvollzugsbereich im Rahmen der Bemühungen zur Verhinderung von Radikalisierung und Rekrutierung von Terroristen; Prüfung der Maßnahmen, die den Zugang der konsularischen Bediensteten zu sachdienlichen, im Schengener Informationssystem (SIS) enthaltenen Informationen ermöglichen, in Übereinstimmung mit einer Strategie frühzeitiger Erkennung von terrorismusverdächtigen Personen;
- hinsichtlich der Bekämpfung des organisierten Verbrechens schlägt die französische Präsidentschaft ihren Partnern vor, die Strafen für Computerkriminalität anhand der Schaffung einer Plattform zur Anzeige illegaler Inhalte in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Polizeiamt und der Europäischen Polizeiakademie zu verschärfen. Sie sensibilisiert die Mitgliedsstaaten im Übrigen bezüglich des Waffenhandels aus den Balkanländern mittels eines konzertierten Einsatzes auf ihren Straßen- und Schienenachsen und denen der Transitländer. Sie unterstützt die Schaffung eines europäischen Netzes der Leiter von Spezialeinheiten im Kampf gegen den Menschenhandel;
- im Bereich der Drogenbekämpfung muss die französische Präsidentschaft auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission Arbeiten für einen neuen Aktionsplan der Union für den Zeitraum 2009-2012 ins Leben rufen. Hinsichtlich der für die Länder oder Regionen, die besonders vom Handel mit Rauschgift oder chemischen Grundstoffen betroffen sind, bestimmten Aktionen misst sie der westlichen Mittelmeerregion besondere Bedeutung bei, für die sie die Schaffung eines Koordinationszentrums zur Drogenbekämpfung (CECLAD-M) vorschlägt. Die Modalitäten eines engeren Dialogs mit Westafrika, das eine wichtige Transitregion für das aus Lateinamerika stammende Kokain geworden ist, werden ebenfalls geprüft ;
- schließlich setzt sich die französische Präsidentschaft im Bereich des Kampfes gegen die Müllmafia dafür ein, die beste Art der Bekämpfung des Handels mit toxischen Abfällen zu ermitteln.

Die französische Präsidentschaft ist außerdem bestrebt, den europäischen Sockel, auf dem eine ständig engere werdende Kooperation zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten ruht, zu konsolidieren. Sie sorgt für die Fortsetzung der Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II). Im selben Geiste strebt sie nach der endgültigen Verabschiedung des Beschlusses zur Integrierung der wichtigsten

Bestimmungen des Prüm er Vertrags, der insbesondere den Weg frei gemacht hat für den Austausch von Daten bezüglich der DNA-Dateien, der digitalen Fingerabdrücke oder der Zulassung von Kraftfahrzeugen, in die Rechtsordnung der Union. Dieser Austausch ist von besonderer Bedeutung für die Bekämpfung schwerer Verbrechen.

Die französische Präsidentschaft misst im Übrigen dem Abschluss der Arbeiten, dank der das Europäische Polizeiamt (Europol) in die Rechtsordnung eingegliedert werden kann, besondere Bedeutung bei. Hinsichtlich der Ausbildung werden die Aktivitäten der Europäischen Polizeiakademie insbesondere bezüglich der Bedürfnisse operativer Zusammenarbeit geprüft. Es wird ein Austausch zwischen Europol und Frontex angeregt, um die auf illegale Immigration spezialisierten Organisationen besser zu bekämpfen und dadurch gegen das organisierte Verbrechen angehen zu können.

Die französische Präsidentschaft schlägt ihren Partnern vor, Methoden und ein Handbuch guter Verfahrensbeispiele zur Förderung des Modells der gemeinsamen Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit (CCPD) zwischen den Mitgliedsstaaten auszuarbeiten und Grundsätze zur Nutzung des Funkverkehrs zwischen den Grenzgebieten zu entwerfen. Sie ergreift außerdem die Initiative zur Entwicklung gemeinsamer Streifen auf der Grundlage von durch den Prüm er Vertrag angebotenen Möglichkeiten und zur Steuerung von Überlegungen über die „europäischen Kommissariate“, die die Funktionäre der durch diese Volksbewegungen betroffenen Mitgliedsstaaten in Bereichen starker Tourismuskonzentration oder an Schauplätzen großer Ereignisse umfassen.

Es ist die Schaffung weiterer Arbeitswerkzeuge geplant und zwar im Bereich gestohlener Kulturgüter (Schaffung einer europäischen Datenbank und Stärkung der operativen Zusammenarbeit in Sachen Hehlerei) oder des Kampfes gegen die Nutzung der aufgrund der Roaming-Vereinbarungen zwischen den Mobilfunkanbietern gegebenen Möglichkeiten zu strafbaren Zwecken.

Was schließlich die externe Dimension anbelangt, so strengt die Präsidentschaft eine Überlegung hinsichtlich der Perspektiven und der Instrumente der Beziehungen der Union mit Drittländern im Bereich der Justiz und der innenpolitischen Angelegenheiten an.

Die Ministertreffen mit Russland und den USA sind eine Gelegenheit zur Vertiefung der Partnerschaft mit diesen Ländern unter Wahrung der europäischen Werte. Die französische Präsidentschaft strengt Überlegungen über eine Einigung in Sachen Datenschutz mit den USA an, die eine Basis für den steigenden Informationsaustausch auf beiden Seiten des Atlantiks werden könnte.

Was den Kampf gegen den Terrorismus anbelangt, so wird einem engeren Dialog mit den Mahgreb-Ländern und der afrikanischen Sahelzone Priorität beigemessen. Das Treffen des Forums Europäische Union/Westliche Balkanländer zum Thema Justiz und innenpolitische Angelegenheiten, das am 6. und 7. November 2008 in Zagreb stattfinden wird, ist eine Gelegenheit zur Verstärkung der Bemühungen im Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Die Analyse der diesbezüglichen Bedrohung wird in Zusammenarbeit mit Europol und der Kooperationsinitiative in Südwesteuropa (SECI) vertieft.

➤ **Ein effizienteres Europa der Gerechtigkeit**

Ein sichereres Europa für die europäischen Bürger geht einher mit einem effizienteren Europa der Gerechtigkeit.

Die französische Präsidentschaft setzt sich dafür ein, dass das Projekt der Revision des Beschlusses über die Einrichtung einer Stelle zur justiziellen Zusammenarbeit (Eurojust) verabschiedet wird, das insbesondere auf die Stärkung der Befugnisse der nationalen

Mitglieder der Stelle abzielt. Gleichzeitig sorgt sie dafür, dass Eurojust dank einer neuen Einigung zwischen den beiden Agenturen besser auf die von Europol geführten Arbeitsdateien zugreifen kann.

Die französische Präsidentschaft bemüht sich um die Verabschiedung des Beschlusses zur Errichtung des Europäischen Strafregisterinformationssystems, mit dem sie vernetzt werden können.

Im Bereich des Schutzes der Kinder sorgt die französische Präsidentschaft für die Förderung des Entführungs-Alarmplans (Alerte Enlèvement) und profitiert von den Ergebnissen der im Juni 2008 zusammen mit den Benelux-Ländern abgehaltenen Übung. Sie kümmert sich besonders um die Stärkung der Rechtssicherheit von besonders verletzlichen Personen und vor allem unter Vormundschaft gestellten unmündigen Erwachsenen.

Die Schaffung eines europäischen Rechtsraums ohne Grenzen beruht auf gegenseitiger Anerkennung und der Annäherung der nationalen Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten.

Die französische Präsidentschaft bemüht sich im Übrigen um die Vorantreibung der Prüfung des Rahmenbeschlusses hinsichtlich der gerichtlichen Überprüfung.

In Sachen Harmonisierung haben der Europäische Rat und das Europäische Parlament kürzlich eine Einigung in erster Lesung über die Richtlinie über den Schutz der Umwelt durch das Strafrecht erzielt. In dieser Logik strebt die französische Präsidentschaft die Verabschiedung der Richtlinie über die Meeresverschmutzung durch Schiffe, die ebenfalls die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Anwendung von strafrechtlichen Sanktionen in einem besonders emblematischen Bereich der Konsequenzen vorsieht, die ein unverantwortliches Verhalten für die Umwelt haben kann.

Im Bereich des Familienrechts setzt sich die französische Präsidentschaft dafür ein, dass die Verordnung über die Unterhaltsverpflichtungen verabschiedet und eine Lösung für das Problem des im Scheidungsfall anzuwendenden Gesetzes (Rom III) gefunden wird.

Hinsichtlich der anderen, das Zivilrecht betreffenden Aspekte schlägt die französische Präsidentschaft ihren Partnern vor, die Überlegung über den Inhalt eines gemeinsamen Bezugsrahmens im Bereich des Vertragsrechts zu vertiefen. Sie eröffnet die Debatte über den Nutzen, den es für die europäischen Bürger haben könnte, die gegenseitige Anerkennung öffentlicher Urkunden in Betracht zu ziehen.

Ein Europa der Gerechtigkeit kann nur dann Wirklichkeit werden, wenn sich alle seine Akteure dafür einsetzen.

Die französische Präsidentschaft setzt sich für die Schaffung einer gemeinsamen Kultur der Rechtspflege innerhalb der Europäischen Union ein. Sie fördert die europäische Ausbildung der Staatsanwälte und Angehöriger des Justizberufs. Sie eröffnet die Debatte anlässlich der Tage über die Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten, die am 21. und 22. Juli 2008 in Bordeaux stattfinden werden, und bemüht sich, die Unterstützung ihrer Partner bei der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Ausbildungsprogramms zu erlangen. Angestrebt ist auch der Start eines Ausbildungszyklus ab September 2008, das mehrere Schulen der Mitgliedsstaaten mit einbezieht und insbesondere dem Kampf gegen den Terrorismus, der Betreuung Minderjähriger, dem Zugang zum Recht, der Mediation oder der Strafgestaltung gewidmet ist.

Die französische Präsidentschaft arbeitet an der Entwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs (E-Justiz), und es wird insbesondere die Bereitstellung eines europäischen Portals für die Öffentlichkeit im Jahr 2010 vorbereitet.

➤ **Ein Europa, das seine Grundrechte und seine Bürger schützt**

Die Schaffung eines gemeinsamen Raums der Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit setzt die Werte der europäischen Staatsbürgerschaft, die sich vor allem auf die durch die Verträge verbürgten Rechte und Garantien stützt, aufs Spiel.

Die Förderung der Grundrechte steht im Zentrum mehrerer, im zweiten Halbjahr organisierter Veranstaltungen insbesondere zum Thema des Datenschutzes. Die Verabschiedung des Rahmenbeschlusses über den Datenschutz ist eine wichtige Herausforderung für die französische Präsidentschaft. Dieser setzt die Verhandlungen über den Vorschlag eines europäischen PNR fort.

Die französische Präsidentschaft setzt sich insbesondere im Bereich des Zivilschutzes zugunsten der Verstärkung der europäischen Reaktionsmöglichkeiten im Katastrophenfall ein. Die Europäische Union hat sich schrittweise mit Mitteln zur Vorbeugung, Vorbereitung und Intervention ausgestattet, um bei Katastrophen in der Europäischen Union und außerhalb der Union reagieren zu können. Die Präsidentschaft sorgt dafür, dass diese Bemühungen fortgesetzt und verstärkt werden. In diesem Sinne setzt sich die Präsidentschaft anhand des Lead-State-Konzepts und der Entwicklung eines europäischen Netzes der Konsularausbildung für die Verstärkung der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Konsularbereich ein.

Hinsichtlich der Vorbeugung plant die französische Präsidentschaft, die Arbeiten zur Umsetzung der Frühwarnsysteme zu intensivieren, ein europäisches Ausbildungsnetz im den Bereichen des Zivilschutzes und der humanitären Hilfe zu schaffen und die Zusammenarbeit in Sachen Forschung und Entwicklung zu verstärken. Sie arbeitet an der Steigerung der europäischen Krisenbewältigungs- und Reaktionsfähigkeiten sowie einer besseren Zusammenarbeit und Koordination mit allen zuständigen Instanzen, angefangen bei den Vereinten Nationen. Hinsichtlich der Intervention sorgt sie für das Aufspüren von Lücken im Transport-, Koordinations- und Einsatzbereich und die Verstärkung des europäischen Leistungsvermögens im Bereich humanitärer Hilfe und Zivilschutz. Sie schlägt auch die Umwandlung des Beobachtungs- und Informationszentrums der Europäischen Kommission (MIC) in ein echtes Zentrum der Beobachtung von Zivilschutzsätzen, welches mit Planungs- und operativen Verwaltungskapazitäten ausgestattet ist, und die langfristige Erzielung der gemeinsamen Nutzung der Mittel der Mitgliedsstaaten auf der Grundlage der Erfahrung der Europäischen Schnelleingreiftruppe (FIRE 5) vor. Schließlich prüft sie die Möglichkeit, einen Rahmen für die Unterstützung der europäischen Bürger im Falle von Krisensituationen in Drittländern zu definieren. Die ersten Beschlüsse und die weiteren Etappen können Gegenstand eines Fahrplans sein, der im Laufe des zweiten Halbjahrs 2008 vorgestellt wird und die Zielsetzungen für die Zukunft festlegt.

2.2. Das Europa der Kultur, der Jugend und des Sports

Die französische Präsidentschaft möchte der kulturellen Dimension einen wichtigen Platz im zweiten Halbjahr 2008 einräumen, da sie ein starker Identifikationsfaktor ist, aber auch Zeugnis der gemeinsamen Geschichte der europäischen Länder ablegt. Die kulturelle Dimension ist außerdem gekennzeichnet durch die Herausforderungen der kulturellen Vielfalt und des Dialogs zwischen den Kulturen sowie der Erhaltung des gesamten Kulturerbes der Mitgliedsstaaten.

➤ **Das Engagement zugunsten der Kultur**

Die französische Präsidentschaft setzt sich für die Entwicklung der kulturellen Dimension des europäischen Projekts ein und konzentriert sich dabei auf drei Schwerpunkte:

- die Aufwertung, den Schutz und die Zugänglichkeit des europäischen Kulturerbes insbesondere durch die Einführung des Prototyps der europäischen digitalen Bibliothek sowie die Gestaltung eines Labels des europäischen Kulturerbes, mit dem emblematische Stätten der europäischen Geschichte und Erinnerung ausgezeichnet werden;
- die Förderung des interkulturellen Dialogs sowie der kulturellen und sprachlichen Vielfalt;
- die Bestätigung des Stellenwertes der Architektur in den nationalen und europäischen Strategien nachhaltiger Entwicklung. Diese Thematik wird insbesondere anlässlich des Europäischen Forums für Architekturpolitik vertieft, das im Oktober 2008 in Bordeaux stattfinden wird.

Hinsichtlich des audiovisuellen Bereichs sorgt die französische Präsidentschaft dafür, dass die Europäische Union eine wichtige Akteurin der digitalen Revolution ist:

- indem die Frage der kreativen Online-Inhalte durch die Aufforderung der Kulturindustrien, Telekommunikationsgesellschaften und Internetprovider zur Zusammenarbeit vertieft wird, um die Verfügbarkeit der Online-Inhalte bei gleichzeitiger Gewährleistung eines wirksamen Schutzes der Rechte geistigen Eigentums zu steigern;
- indem die Kinder bei der Nutzung des Internets dank der Verabschiedung eines Gemeinschaftsprogramms geschützt werden.

➤ **Das Engagement zugunsten der Jugend**

Die französische Präsidentschaft entwickelt vier diesbezügliche Schwerpunkte:

- die Gesundheit der Jugendlichen, im Sinne der Kontinuität der Mitteilung der Kommission „die Förderung der umfassenden Beteiligung junger Menschen an Bildung, Beschäftigung und Gesellschaft“ und die Grünbücher „Ernährung“ und „psychische Gesundheit“. Das Problem der Abhängigkeit ist Gegenstand einer gesonderten Vertiefung;
- die Förderung und Anerkennung freiwilliger Aktivitäten der Jugendlichen als Entwicklungsfaktor der Mobilität der Jugendlichen in Europa. Die Präsidentschaft bemüht sich um die Ausführung der Arbeiten hinsichtlich des Entwurfes einer Empfehlung der Kommission;
- die weitere Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend;
- die Dimension der Jugend im Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs insbesondere im Rahmen eines euro-mediterranen Ansatzes.

➤ **Das Engagement zugunsten des Sports**

Im Sinne der Kontinuität des Weißbuchs Sport und des Aktionsplans „Pierre de Coubertin“ misst die französische Präsidentschaft der Anerkennung des Stellenwertes des Sports in der Europäischen Union besondere Bedeutung bei

- und sucht nach einer Einigung, die der Besonderheit der Ausbildung der jungen Sportler gewidmet ist;
- startet Arbeiten für die Einordnung des Berufs des Sportagenten und der Kontrolle der Clubverwaltung;

- sorgt für die Verabschiedung von Leitlinien für die Förderung der sportlichen Aktivitäten als Faktoren öffentlicher Gesundheit.

3. SICHERUNG DER STELLUNG EUROPAS IM INTERNATIONALEN RAHMEN

3.1. Neue Impulse für das Europa der Sicherheit und der Verteidigung

Die zentrale Ausrichtung der französischen Ratspräsidentschaft auf dem Gebiet der Verteidigung ist die Verstärkung der verfügbaren militärischen Fähigkeiten in Europa.

➤ *Eine Strategie der Sicherheit für das nächste Jahrzehnt*

Mit der Aktualisierung der europäischen Sicherheitsstrategie, die im Jahr 2003 beschlossen wurde, soll die gemeinschaftliche Bedrohungsanalyse erneuert werden, anhand derer die Mittel zur Verteidigung und die Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit definiert werden können. Auf der Basis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 14.12.2007 obliegt es damit der französischen Ratspräsidentschaft, die Arbeit des Generalsekretärs/Hohen Vertreters bezüglich der im Jahr 2003 beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie zu unterstützen. Gemeinsam mit unseren wichtigsten Partnern werden wir sie ergänzen (neue Herausforderungen) und bereichern (Aufgaben der militärischen Fähigkeiten, EU – NATO-Zusammenarbeit). Ziel ist die Ausarbeitung eines Dokuments, das durch den Europäischen Rat im Dezember 2008 angenommen werden soll.

➤ *Verstärkung der militärischen Fähigkeiten und der Krisenmanagementfähigkeiten, Entwicklung der Instrumente der Union*

Im Mittelpunkt der französischen Ratspräsidentschaft steht die Entwicklung und Verstärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mit glaubwürdigen Mitteln, um die Stellung der Europäischen Union als globaler Akteur auf dem Gebiet des Krisenmanagements zu festigen und damit den Erwartungen unserer Bürger und der internationalen Gemeinschaft zu entsprechen.

Die Schaffung von politischen Bedingungen für die Wiederbelebung der Entwicklung der militärischen Fähigkeiten in Europa bedeutet im Verlauf der französischen Ratspräsidentschaft:

- eine Orientierung für die Europäische Union, die sich den neuen Krisen und Bedrohungen stellt: Die Union muss in der Lage sein, ihre Interventionsfähigkeit besser zu organisieren, indem sie die gesamte Bandbreite ihrer militärischen und zivilen Einsätze nutzt, einschließlich der Kriseneinsätze, und unbeschadet ihrer Fähigkeit, einen Großeinsatz mit Trennung der Konfliktparteien (60.000 Mann für ein Jahr) durchzuführen;
- die Einführung einer Reihe neuer Kapazitäts- und Struktur-Projekte, die von einigen Ländern initiiert werden und offen für alle Nationen sind, um den operativen Bedarf zu decken (strategischer Lufttransport, taktischer Transport, Luftmobilität, Luftbetankung, raumgestützte Aufklärung);
- die Verstärkung der zivilen Fähigkeiten für das Krisenmanagement (schnellere Mobilisierung von Polizisten/Gendarmen, Zollbeamten, Staatsanwälten);
- die Suche nach flexiblen und innovativen Lösungen für die Entwicklung von Fähigkeiten (Nutzung gemeinsamer Ressourcen, Spezialisierung auf freiwilliger Basis). Der Plan für die Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten, der von der Europäischen Verteidigungsagentur

erstellt wurde, wird eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Europäern spielen;

- Förderung der Annäherung auf dem Gebiet der nationalen politischen Maßnahmen der Militärforschung und -technologie - zur Zukunftssicherung der europäischen Rüstungsindustrie - und die Suche nach gemeinsam zu entwickelnden strategischen Programmen;
- die Schaffung eines echten europäischen Verteidigungsbinnenmarktes. Die französische Ratspräsidentschaft setzt sich für die Erleichterung des Austauschs von Verteidigungsprodukten innerhalb der Europäischen Union ein, um die industrielle und technologische Verteidigungsbasis zu verstärken. Die Ratspräsidentschaft setzt die unternommenen Bemühungen zur Erzielung einer politischen Einigung über das "Verteidigungspaket" in der Europäischen Kommission fort;
- die Verstärkung der europäischen Fähigkeiten für Planung und Durchführung von militärischen und zivilen Einsätzen der ESVP auf der Basis der Erfahrungen aus den bisherigen Einsätzen und dem festgestellten operativen Bedarf;
- die Zusammenkunft der Verteidigungsminister zur Sicherstellung der Nachverfolgung der Einsätze und der Fähigkeitsentwicklung und diesbezüglicher Entscheidungsfindung im Rahmen des "Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen";
- die Förderung der gemeinsamen europäischen Ausbildungsprogramme (militärisches Austauschprogramm "Erasmus") und Verstärkung des Austauschs zwischen den Strukturen der nationalen Ausbildungen; Anpassung der gemeinsamen Aktion zur Errichtung eines Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs.

Die französische Ratspräsidentschaft beabsichtigt auch die Fortsetzung der Bemühungen auf dem Gebiet des Krisenmanagements der EU, indem sie einen Schwerpunkt auf die Koordinierung der Evakuierung von Staatsangehörigen setzt, auf die Fähigkeiten der Überwachung des Seeverkehrs und der Minenräumung.

Die Finanzierungsmodalitäten der ESVP-Einsätze werden bei der Neufassung des "Athena-Mechanismus" erörtert, die unter der französischen Ratspräsidentschaft vorgesehen ist.

➤ **Entwicklung von Partnerschaften im Dienste der Sicherheit**

- Zusammenarbeit mit der NATO, gleichzeitig im Rahmen der strategischen Partnerschaft auf dem Gebiet des Krisenmanagements und vor Ort, insbesondere dort, wo mehrere Einsätze gleichzeitig stattfinden;
- Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und der UNO (insbesondere auf dem Gebiet des Krisenmanagements);
- Fortsetzung der Beziehungen mit den anderen wichtigen Partnern, insbesondere mit der Afrikanischen Union (Umsetzung der EU-Afrika-Strategie und des entsprechenden Aktionsplanes).

➤ **Die Europäische Union als Vorreiter in der Bekämpfung der Verbreitung und des Terrorismus.**

Die Verstärkung diplomatischer und politischer Mittel der Europäer stellt eine Priorität dar im effizienten Umgang mit den Bedrohungen durch die Verbreitung von

Massenvernichtungswaffen und Terrorismus.

Die Ratspräsidentschaft setzt sich ein für:

- einen verstärkten Einsatz der Union bei den Nichtverbreitungsbemühungen (Aktionsplan der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen) und die Unterstützung von multilateralen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregelungen;
- eine Verstärkung der Instrumente der Union für die Prävention von destabilisierenden Waffentransfers, insbesondere in Bezug auf den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen;
- eine Mobilisierung aller Mittel der Union und ihrer Mitgliedsstaaten in der Bekämpfung des Terrorismus (frühzeitige Erkennung, gemeinsame Nutzung von Informationen, Zusammenarbeit innerhalb der Union und mit den Drittstaaten);
- die Erhöhung des Sicherheitsgrads im Schutz gegen Cyber-Angriffe.

➤ ***Nichtverbreitung und Abrüstung***

Im Zusammenhang mit anhaltenden Verbreitungskrisen unterstreicht die Präsidentschaft die Bedeutung des Einsatzes für die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Sie setzt sich für die Verstärkung der Methoden in diesem Bereich ein in Form eines Aktionsplanes der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und schlägt ihren Partnern die Erzielung von Fortschritten vor, insbesondere durch das Verbot von Streumunition und unerlaubtem Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen.

➤ ***Multilaterale Zusammenarbeit***

Die Ratspräsidentschaft unterstützt die verstärkte Zusammenarbeit zwischen UNO und EU, insbesondere auf dem Gebiet der Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit, des Krisenmanagements und der Entwicklung.

Die Ratspräsidentschaft unterstützt ebenfalls die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Europarat sowie zwischen der EU und der OSZE.

3.2. EU-Erweiterung und Nachbarschaftspolitik: Schaffung eines Wohlstands- und Stabilitätsraums

➤ ***Kroatien und Türkei***

Gemäß der Erweiterungsstrategie, die im Dezember 2006 vom Europäischen Rat verabschiedet wurde und im Rahmen der Schlussfolgerungen des Rates vom Dezember 2007 wird die französische Ratspräsidentschaft die laufenden Verhandlungen im Zusammenhang mit den von den einzelnen Kandidaten erzielten Fortschritten in Erfüllung ihrer Verpflichtungen fortsetzen.

➤ ***Westliche Balkanstaaten***

Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom Dezember 2006 sichert die französische Ratspräsidentschaft die europäische Perspektive der westlichen Balkanstaaten. Unter Beachtung der Konsolidierung der im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess kürzlich erzielten Fortschritte untersucht die französische Ratspräsidentschaft, ob alle Bedingungen gegeben sind, damit jedes Land gemäß seinen eigenen Verdiensten auf dem Weg der europäischen Annäherung voranschreiten kann. Eine besondere Aufmerksamkeit gilt der Stabilität des Kosovo, insbesondere durch den Einsatz der Polizei-, Justiz- und Zollmission

(EULEX).

➤ **Mittelmeerraum**

Die französische Ratspräsidentschaft wird anlässlich des Gipfels in Paris am 13. Juli 2008 das Projekt der Union für das Mittelmeer einführen. Unter Erhaltung der bedeutenden politischen Errungenschaften des Barcelona-Prozesses zugunsten der Stabilität und der Demokratie soll die Union für das Mittelmeer dem Europa-Mittelmeer-Dialog einen neuen Rahmen und neue Impulse verschaffen, der dank einer neuen Staatsführung auf einer echten Partnerschaft und auf konkreten Projekten regionaler Dimension basiert, insbesondere in den Bereichen Beseitigung von Schadstoffen aus dem Mittelmeer, Energie, ziviler Bevölkerungsschutz und Transportwesen.

Unter Berücksichtigung der besonderen Eigenschaften der einzelnen Partnerländer beabsichtigt die französische Ratspräsidentschaft mit den laufenden Bemühungen die Definition eines herausragenden Status Marokkos gegenüber der Europäischen Union zu erlangen, welcher anderen Ländern der Region als Vorbild dienen kann. Das Ziel der Verstärkung der Beziehung zu Israel, welches die Ratspräsidentschaft gemäß dem Ergebnis des Assoziationsrates vom 16. Juni weiter verfolgt, sollte die Entwicklung der Lage im Nahen Osten im Hinblick auf die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts berücksichtigen.

➤ **Osterweiterung**

Im Ausblick auf den Gipfel mit der Ukraine möchte die Präsidentschaft der Verhandlung eines verbesserten Abkommens einen politischen Impuls geben, um eine wichtige Etappe in der Definition einer ambitionierten Partnerschaft mit diesem Land zu beschreiten, welches von strategischer Bedeutung für Europa ist.

Gleichzeitig wird darauf geachtet, dass der Beginn von Verhandlungen über ein neues Abkommen mit Russland eine neue Form der Beziehungen mit diesem Partner darstellt, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Sicherheit und Menschenrechte.

Die Ratspräsidentschaft bemüht sich, die Umsetzung der Strategie der Europäischen Union für Zentralasien voranzutreiben, insbesondere im Bereich der Energiesicherheit.

3.3. Ausarbeitung einer Agenda für solidarische Entwicklung

➤ **Entwicklungspolitik**

Die französische Ratspräsidentschaft greift in einen globalen Zusammenhang ein, der geprägt ist von der Lebensmittel- und der Energiekrise. Die Konferenz über Landwirtschaft und Entwicklung am 03. Juli in Brüssel wird schon mit Beginn der französischen Ratspräsidentschaft von dem Engagement Europas zugunsten der Ernährungssicherheit geprägt. Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom 19. und 20. Juni 2008 wird die Ratspräsidentschaft eine Untersuchung der zu dem Preisanstieg von Rohstoffen zu gebenden Antworten durchführen.

Im Ausblick auf internationale Treffen für die Entwicklung unterstützt die Ratspräsidentschaft die Definition einer gemeinsamen Position, die die Stellung und Erfahrung der Europäischen Union nutzt, die mehr als die Hälfte der internationalen Hilfe leistet.

In Bezug auf die Effizienz der Hilfe gilt es, die Fortschritte im Hinblick auf eine bessere Komplementarität der Hilfe zwischen Ländern zu beschleunigen und Antworten anzubieten, die auf die Konfliktsituationen zugeschnitten sind. Die französische Ratspräsidentschaft

überwacht den partnerschaftlichen Verlauf dieses Prozesses mit den Empfängerländern durch eine weitgehende Einbeziehung der Zivilbevölkerung.

Über diese internationale Treffen hinaus setzt die Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf das Thema der lokalen Regierung, insbesondere zugunsten der "Europäischen Tage der Entwicklung". Auf der Kommunikationsgrundlage der Kommission "lokale Regierung und territoriale Entwicklung" wird eine Charta der Zusammenarbeit für die Unterstützung der lokalen Regierung vorgeschlagen. Sie beinhaltet ebenfalls eine Reflexion über die Gesundheitspflege und die nachhaltige Finanzierung der Gesundheitssysteme dank der Mobilisierung von Methoden, die den jeweiligen Bedingungen eines Entwicklungslandes entsprechen.

Eine besondere Aufmerksamkeit gilt den Verbindungen zwischen Migration und Entwicklung (Einfluss der Ersparnisse von Migranten, Bedarf an Arbeitsplätzen im Produktionssektor, regionale Dimension und Auswirkung der Klimaänderungen).

Schließlich bemüht sich die Ratspräsidentschaft auch um die Einbeziehung von Aspekten der Anpassung der Entwicklungsländer, die im Zusammenhang mit der Klimaänderung in ihrem außenpolitischen Handeln stehen, insbesondere im Hinblick auf die Vertragsstaatenkonferenz in Posen im Dezember 2008.

➤ ***Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft***

Zur Unterstützung der Integration der Partnerländer der Afrika-Karibik-Pazifik-Region in die Weltwirtschaft und zur Unterstützung der regionalen Integration setzt die Ratspräsidentschaft die Bemühungen im Hinblick auf die Unterzeichnung von komplexen regionalen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, einschließlich Begleitmaßnahmen, fort.

3.4. Förderung der Menschenrechte und des Rechtsstaates

Im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der im Jahr 2008 begangen wird, setzt die Ratspräsidentschaft die Förderung der Menschenrechte und ihrer Universalität insbesondere innerhalb der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Instanzen fort. Der Schwerpunkt liegt auf der Bekämpfung der Gewalt gegenüber Frauen.

3.5. Förderung der Handelsspielregeln auf der Basis von Öffnung und Gegenseitigkeit

In Handelssachen setzt die französische Ratspräsidentschaft die Bemühungen der Europäischen Union zum verstärkten Aufbau des multilateralen Handelssystems fort. Dieses Ziel schlägt sich insbesondere in der Suche nach einem globalen, ambitionierten und ausgeglichenen Ergebnis im Rahmen der Doha-Runde nieder.

Die französische Ratspräsidentschaft fördert das Gegenseitigkeitsprinzip im Austausch der Europäischen Union mit ihren Partnern, um ihre Verhandlungsposition zu verbessern und die Wahrung ihrer Interessen zu stärken.

➤ ***Sicherstellung des Zugangs europäischer Unternehmen zu den Märkten von Drittländern***

Eine größere Öffnung der Märkte bestimmter Drittländer, einschließlich der öffentlichen Auftragsvergabe, würde für europäische Unternehmen, insbesondere für die mittelständischen Unternehmen, bessere Entwicklungsmöglichkeiten ihrer

Geschäftstätigkeiten bedeuten. Mit dieser Öffnung könnte das erforderliche Gegenstück zur Öffnung des Gemeinschaftsmarktes erlangt werden und ein lauterer wirtschaftlicher Wettbewerb unterstützt werden. Die französische Ratspräsidentschaft fördert die laufenden Bemühungen in diesem Sinne.

➤ ***Förderung eines lauterer internationalen Wettbewerbs***

Die Förderung europäischer Standards in den internationalen Verhandlungen ist eine bedeutende Herausforderung, insbesondere in Bezug auf geistiges Eigentum, Umwelt oder abermals Sicherheit. Die französische Ratspräsidentschaft wird diesem Punkt besondere Beachtung widmen.

Die französische Ratspräsidentschaft überwacht die Stärkung der Rechte am geistigen Eigentum durch die Europäische Union in der Gesamtheit ihrer bilateralen und multilateralen Abkommen, insbesondere im Handelsabkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA).

➤ ***Fortsetzung der Bemühungen um bilaterale Verhandlungen und Überlegungen zur Stärkung der Handelsbeziehungen mit Industrieländern***

Die europäische Verbundenheit mit dem multilateralen System ist nicht ausschließlich einer ambitionierten Politik des Freihandelsabkommens vorbehalten. Die französische Ratspräsidentschaft unterstützt jeden Fortschritt in den Freihandelsverhandlungen, die von der Kommission geführt werden, wenn ihre Bestimmungen die entsprechende Stufe der Gegenseitigkeit gewährleisten.

Im Übrigen unterstützt die französische Ratspräsidentschaft Überlegungen zur Stärkung unserer Handelsbeziehungen mit den Industrieländern.

3.6. Aufbau neuer Partnerschaften mit den verschiedenen internationalen Akteuren

➤ ***Afrika***

Die französische Ratspräsidentschaft setzt sich ein für die Umsetzung der anlässlich des Gipfeltreffens in Lissabon im Dezember 2007 definierten Ausrichtung in der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Afrika und für die Nachverfolgung des entsprechenden Aktionsplanes. Sie entwickelt insbesondere Initiativen in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Migration, Energiezugang und Anpassung an die Klimaänderung. Sie setzt sich außerdem für die Unterzeichnung von komplexen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen einschließlich Begleitmaßnahmen ein, insbesondere um die Entwicklung der Landwirtschaft zu unterstützen und um an die Dynamik der regionalen Integration in Afrika anzuknüpfen.

Die französische Ratspräsidentschaft wird gemäß der im Jahr 2007 eingeführten strategischen Partnerschaft Gelegenheit für die Organisation des ersten EU-Südafrika-Gipfeltreffens bieten.

➤ ***Asien***

Anlässlich des ASEM-Gipfeltreffens sowie anderer Gipfeltreffens mit unseren wichtigsten asiatischen Partnern wird die französische Ratspräsidentschaft eintreten für eine Verstärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit dieser Region in den Bereichen Politik und Wirtschaft und in globalen Fragen von gemeinsamem Interesse wie den Menschenrechten, der Energiesicherheit und der Bekämpfung der Klimaänderung. Diese

Treffen bieten Gelegenheit für die Intensivierung insbesondere des Dialogs in den Bereichen Wirtschaft, Währung und Handel mit den Schwellenländern der Region im Hinblick auf die Erlangung ausgeglichener Beziehungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

➤ **Transatlantische Beziehungen**

Die französische Ratspräsidentschaft setzt die Ausdehnung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten fort, insbesondere durch die Umsetzung des im Jahr 2007 beschlossenen Programms für wirtschaftliche Zusammenarbeit und den regulären Dialog.

Anlässlich des EU-Kanada-Gipfels wird eine Vertiefung der Beziehungen mit diesem Land angestrebt.

➤ **Lateinamerika**

Die französische Ratspräsidentschaft bemüht sich um die Konsolidierung der Grundlagen einer gemeinsamen Maßnahme mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik im Rahmen der durch den Lima-Gipfel definierten Ausrichtung. Sie setzt die Verhandlungen über Assoziierungsabkommen mit Mercosur, den Andenstaaten und Mittelamerika fort.

Das Gipfeltreffen mit Brasilien wird die Entwicklung der im Jahr 2007 mit diesem Land eingeführten strategischen Partnerschaft durch den Beschluss eines Aktionsplanes ermöglichen.

Schließlich bemüht sich die französische Ratspräsidentschaft um die Vertiefung der Beziehungen mit Mexiko, das bereits durch ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union verbunden ist.

➤ **Golfstaaten**

Die französische Ratspräsidentschaft verfolgt aufmerksam die Verhandlungen eines Assoziierungsabkommens mit den Staaten des Golfkooperationsrates und eines Abkommens über Handel und Zusammenarbeit mit dem Irak.

➤ **EFTA**

Die französische Ratspräsidentschaft bemüht sich um erfolgreiche Verhandlungen der Kommission über die Frage des kantonalen Steuerwesens in der Schweiz und unterstützt die Kommission in ihren Verhandlungsbemühungen über den künftigen finanziellen Beitrag der EWR-EFTA-Staaten zur Kohäsionspolitik.

Die wichtigsten Kolloquien, Konferenzen und Veranstaltungen im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft

Veranstaltung	Datum	Ort
„Europäische Konferenz über die sozialen Dienste“ (Europäisches Soziales Netzwerk)	2.-4. Juli	Paris
„Wer wird die Welt ernähren? Hin zu differenzierter und nachhaltiger Landwirtschaft als Entwicklungsantrieb“	3. Juli	Brüssel
„EuroMed-Wettbewerbs-Tage“ (MEDEF – französischer Arbeitgeberverband)	3.-4. Juli	Marseille
40. Jahrestag der Gründung der Zollunion	3.-4. Juli	Paris
„Jugendevent: Junge Menschen als Akteure und Vektoren des interkulturellen Dialogs“	5.-9. Juli	Marseille
„Seminar über die EU-NATO-Beziehungen“	7. Juli	Paris
„Die Europäische Union und Übersee: Strategien angesichts des Klimawandels und des Verlusts der Artenvielfalt“	8.-11. Juli	La Réunion
„Kino, Europa, die Welt: Welche Politik der Zusammenarbeit für die EU in den Bereichen Kino und Film?“	7.-8. Juli	Paris
Tag der europäischen Industrie: „Ein industrielles Vorhaben für Frankreich und Europa“ (organisiert von der Vereinigung der Industrieverbände)	10. Juli	Paris
Treffen der Minister für Europäische Angelegenheiten	12.-13. Juli	Brest
„Formalisierung des ersten europäischen Netzwerks der Gebietskörperschaften zwischen 150.000 und 800.000 Einwohnern“ (Versammlung der französischen Departements)	15.-18. Juli	Avignon
„EUROJUST – Gemeinsame Ermittlungseinheiten und gemeinsame Verfahrensnutzung“	17.-18. Juli	Toulouse
Treffen der Minister für Raumfahrt	20.-22. Juli	Kourou
„Welche Zukunft für die Ausbildung von Richtern und des Justizpersonals innerhalb der EU?“	21.-22. Juli	Bordeaux
„Erfahrungen bei großen Katastrophen“	29.-31. Juli	Aix-les-Milles
„Herausforderungen und Zukunft des europäischen Schaffleischsektors“	4.-5. September	Limoges
„Mobilität, Dialog, Mitwirkung: In Richtung einer aktiven europäischen Staatsbürgerschaft“ (Europäisches Bürgerforum – Europäische Kommission)	4.-6. September	La Rochelle
„Ein Europa des Asyls schaffen“	8.-9. September	Paris
Konferenz „i-2010“	8.-9. September	Paris
„Die Qualitätssicherung in den höheren Bildungseinrichtungen in Europa“	9.-10. September	Straßburg

Veranstaltung	Datum	Ort
„Europäische Prioritäten und Vorschläge der Finanzdienstleistungsindustrie“ (Eurofi)	10.-12. September	Nizza
„Die Mobilität der Arbeitnehmer“	11.-12. September	Paris
„Die europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen die Unsicherheit im Straßenverkehr“	11.-12. September	Paris
„GMES-Forum : Der Weltraum im Dienst von Umwelt und Sicherheit“	16.-17. September	Lille
„Schutz der eingeschränkt handlungsfähigen und handlungsunfähigen Erwachsenen innerhalb des europäischen Rechtsraumes“	17. September	Lille
„Übergänge meistern: Lebenslange Berufsorientierung im europäischen Raum“	17.-18. September	Lyon
„Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der EU in Zentralasien“	17.-18. September	Paris
Treffen der Familienminister	18. September	Paris
„Kreative Online-Inhalte“	18.-19. September	Paris
„Zugang zum Europarecht“ (Französische Anwaltskammer)	18. September	Brüssel
„Europa in der Schule“	19. September	Frankreich
„Welche Umriss der Europapolitik bis 2020?“ (Europäisches Forum der Think Tanks – Aspen-Institut Frankreich)	19.-20. September	Paris
„Gipfel für Chancengleichheit“	29.-30. September	Paris
„Europa in Bewegung: Treffen der Vertreter der im Ausland lebenden europäischen Bürger“ (Versammlung der Auslandsfranzosen)	30. September	Paris
„Generalversammlung der maritimen Randregionen“	1.-3. Oktober	Bayonne
„Die Konstruktion eines effizienten Multilateralismus zusammen mit den neuen <i>global players</i> “ (Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien)	2.-3. Oktober	Paris
„Die neuen Grenzen der Kulturwirtschaft“	2.-3. Oktober	Paris
„Gesundheitsrisiken und Importe“	3. Oktober	Paris
„Die Europäische Jobmesse“	4. Oktober	Paris
„Das Europa des Sports“	5. Oktober	Paris
Versammlung des Europäischen Verbands der Luftfahrt-, Raumfahrt und Verteidigungsindustrie	6. Oktober	Paris
„Open Days “ (Ausschuss der Regionen)	6.-9. Oktober	Brüssel und französische Regionen

Veranstaltung	Datum	Ort
„Erlernen von Naturwissenschaften im Europa des Wissens“	8.-9. Oktober	Grenoble
„Rendezvous mit der Geschichte“ und „Die jährlichen Büchertreffen“	9.-12. Oktober	Blois
„Europäisches Forum für Architekturpolitik“	9.-10. Oktober	Bordeaux
„Von der europäischen Gesellschaft zur europäischen Privatgesellschaft“	10. Oktober	Paris
„Die Jeunes Européens und das Europa von morgen“	10.-11. Oktober	Nantes
„Das Europa der Gesundheit im Dienste der Patienten“	13.-14. Oktober	Paris
„Europäische Tage der Verkehrssicherheit“	13. Oktober	Paris
„Der Kampf gegen illegale Beschäftigungsmethoden“	13.-17. Oktober	Marseille
Runder Tisch über Armut und soziale Ausgrenzung	15.-16. Oktober	Marseille
„Geistiges Eigentum und Binnenmarkt“	16.-17. Oktober	Straßburg
„Beschäftigung junger Leute in Europa“ (Ausschuss für nationale und internationale Beziehungen der Vereinigungen für Jugend und Volksbildung – Europäisches Jugendforum)	17.-18. Oktober	Paris
„Veranstaltung ‚Biomarine‘: Die Situation der Häfen und des Seeverkehrs“ (Biovision)	20.-24. Oktober	Toulon - Marseille
Euro-afrikanische Konferenz über „Migration und Entwicklung“	20.-21. Oktober	Paris
„Die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen in Europa“	20.-22. Oktober	Paris
„Die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen und der Europäischen Union in den Bereichen Krisenmanagement und Sicherheit“	20.-22. Oktober	Paris
Konferenz über nachhaltige Entwicklung (Eurocities)	22. Oktober	Lyon
„Die Innovation in Europa beschleunigen“ (Europe INNOVA)	22.-24. Oktober	Lyon
„Welches europäische Vertragsrecht für die Europäische Union?“	23.-24. Oktober	Paris
„Die Europäische Staatsbürgerschaft leben“ (Europäisches Jugendparlament)	24. Oktober-2. November	Rennes
„Die französischen Gebietskörperschaften und das europäische Aufbauwerk: Bilanz und Perspektiven“ (Ausschuss der Regionen)	24. Oktober	Paris
„Die Zukunft der europäischen Entwicklungspolitik“ (Europäisches Treffen der NGO-Plattformen)	27.-30. Oktober	Paris
„Die gemeinwohlorientierten sozialen Dienste“	28.-29. Oktober	Paris

Veranstaltung	Datum	Ort
„Hin zu Energie mit niedrigem Kohlenstoffgehalt: Der europäische Forschungsplan für Technologie“	28. Oktober	Paris
„Soziale Eingliederung: ein europäischer Ansatz für die schulische Betreuung behinderter Schüler“	29.-30. Oktober	Clermont-Ferrand
„Forum des Europäischen Schienensystems: Fracht ohne Grenzen“	29. Oktober	Paris
Gipfel des Netzwerkes der Regionalregierungen für nachhaltige Entwicklung (nrg4SD)	29.-30. Oktober	Saint-Malo
„Der territoriale Zusammenhalt und die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik“	30.-31. Oktober	Paris
Monitoring-Sitzung zur Konferenz von Stuttgart über die kleinen und mittelständischen Unternehmen (Ständige Versammlung der Berufskammern)	30.-31. Oktober	Tours
„Europa gegen die Alzheimer-Krankheit“	30.-31. Oktober	Paris
„Die europäischen Verteidigungskapazitäten: Herausforderungen und Realitäten“	30.-31. Oktober	Marseille
Zivil-Forum - Nichtregierungsplattform von EuroMed	31. Oktober-2. November	Marseille
Ministertreffen zur Integration	3.-4. November	Vichy
„Artenvielfalt und Landwirtschaft: Herausforderungen von heute, Forschung von morgen für eine nachhaltige Landwirtschaft“	4.-5. November	Montpellier
„Das Europa der höheren Bildung, ein Mobilitätsraum benötigt Verstärkung“	4.-5. November	Nancy
Mediterranes Zivil-Forum über den interkulturellen Dialog zwischen Europa und dem Mittelmeerraum	4.-6. November	Marseille
„Leitung und Leistung der schulischen Einrichtungen in Europa“	6.-7. November	Poitiers
„Der europäische forst- und holzwirtschaftliche Sektor: Biologische Antworten auf die neuen Herausforderungen in den Bereichen Klima und Energie“	6.-8. November	Nancy
„Eine europäische Perspektive der Sozialversicherung und der demographischen Herausforderungen“ (Staatliche Altersversicherung)	7.-8. November	Paris
„Europäische Union und Arktis“	9.-10. November	Monaco
„Neue soziale Fragestellungen in einem Europa im Wandel“	12. November	Paris
„Berufliche Gleichstellung zwischen Männern und Frauen“	13. November	Lille
„Berufsausbildung und Sicherung der Berufswege“	13.-14. November	Paris
„Die Pole der Wettbewerbsfähigkeit“	13.-14. November	Nizza
„Der transnationale soziale Dialog“	13.-14. November	Lyon

Veranstaltung	Datum	Ort
Europäisches Parlament der Unternehmen (Eurochambres)	14. November	Straßburg
„Die europäischen Wissenschaftsstädte“	14.-16. November	Paris
„Europäische Tage der Entwicklung“	15.-17. November	Straßburg
„Kultur, Medien und Wirtschaft in Europa“	17.-18. November	Avignon
Abschlusskolloquium des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs in Europa	17.-19. November	Paris
„Woche der erneuerbaren Energien und des Energiemanagements“	17.-22. November	Paris
Europäischer Luftfahrt-Gipfel: „Luftfahrt und Umwelt“	17.-19. November	Bordeaux
„Wettbewerbs-Tage“	18.-19. November	Paris
„Soziale Verantwortung der Unternehmen: Wie können die Betriebsräte bei der Entscheidungsorientierung mitwirken, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern und die dauerhafte Entwicklung des Unternehmens zu sichern?“ (Europäische Vereinigung der Gewerkschaften, EUROPLACE)	20. November	Paris
„Junge Forscher in Europa“	20.-21. November	Rennes
„Soziale Experimente in Europa“	21.-22. November	Grenoble
„Drogengeld, Schattenwirtschaft und Beschlagnahmung von Erträgen aus Straftaten in Europa“	21. November	Paris
Treffen der Minister für Wohnungswesen, Stadtentwicklung und territoriale Kohäsion	24.-26. November	Marseille
„Nachhaltige Entwicklung und Pestizide“	25.-26. November	Paris
„Welche Perspektiven für die Durchsetzung von Strafen in Europa“	25. November	Roubaix
„Konferenz über Informations- und Kommunikationstechnologien: Die Informationstechnologien“	25.-27. November	Lyon
Kongress der französischen Bürgermeister über Europa (Vereinigung der französischen Bürgermeister)	26.-28. November	Paris
„Europäisches Sportforum“	26.-27. November	Biarritz
„Klausel der meistbegünstigten Europäerin“ (Verein „choisir la cause des femmes“)	27.-28. November	Paris
„Die Digitalisierung des Kulturerbes: Die Europäische digitale Bibliothek“	27.-28. November	Paris
„Berufliche Grundausbildung der Jugendlichen in dualer Berufsausbildung: Europäisierung der Ausbildungswege“	27.-28. November	Paris
„Europäische Bildungsmesse“	27.-30. November	Paris

Veranstaltung	Datum	Ort
„Die Sicherheit der Energieversorgung in Europa“	1. Dezember	Paris
„Die Gesundheit der Jugendlichen“	1.-3. Dezember	Lille
„Forum der Städte über die nachhaltige Stadt und den Klimawandel“	2.-3. Dezember	Montpellier
„Wettbewerbsfähigkeit der ökologischen Industrien in Europa“	3.-4. Dezember	Lyon
Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag von Business Europe	4.-5. Dezember	Paris
„Das europäische Erbe aufwerten“	4.-5. Dezember	Avignon
„Stärkung des Vertrauens der europäischen Verbraucher: Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstandes und der Verwaltungszusammenarbeit“	5.-6. Dezember	Paris
„Unternehmen für Entwicklung“ (Französische Agentur für Entwicklung – AFD)	9. Dezember	Paris
„Die großen Infrastrukturen der Forschung“	9.-11. Dezember	Versailles - Saclay
Europäisches Forum der Nichtregierungsorganisationen über die Menschenrechte	10.-11. Dezember	Paris
„Artenvielfalt im Mittelmeerraum“	18.-19. Dezember	Nizza